1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 19 vom 10. Mai 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Angemessen, erforderlich und erfolgreich?

Mit diesen Worten bewertete der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau (SPD), den Polizeieinsatz am vergangenen Wochenende in Bonn.

Diese Haltung angesichts der wildgewordenen Knüppelgarde kann nach der gesamten Vorgeschichte wenig erstaunen. War es doch die Führung der SPD/NRW gewesen, die nicht nur ihre Anhänger zum Boykott des Protestes aufgerufen hatte, sondern auch die Kampagne gestartet hatte, wer an der Demonstration gegen den Gipfel teilnähme, mache sich zum Handlanger der CDU und deren NRW-Wahlkampf.

Innenminister Schnoor von NRW war es ja schließlich, der den kolossalen Polizeiaufmarsch organisiert hatte, der sich in den ganzen Wochen vorher als konsequenter Hüter der Ordnung profiliert hatte — wie hätte da sein Ministerpräsident nicht zufrieden sein können.

Angemessen waren also die uniformierten Massenaufmärsche, erforderlich die Kampfeinheiten und Holzknüppelausstattung — damit nur ja niemand in Sichtweite der ach so hohen Herrschaften geraten konnte. Für sie angemessen ist es allemal — daran gewöhnt, auch die Opfer ihrer Politik nicht zu beachten, können sie schon gar nicht die Gegner ihrer Politik sehen.

Warum es erforderlich gewesen sei, außer um Macht zu demonstrieren, von der Teilnahme an der Demonstration abzuschrecken, vermied Rau auch nur anzusprechen. Eine konkrete Debatte hätte eben auch die Frage der organisierten Polizeiprovokation auf die Tagesordnung gebracht.

Erfolgreich — daran läßt sich insofern zweifeln, als 25 000 Teilnehmer Boykott- und Einschüchterungspläne als nicht gerade gelungen erscheinen lassen.

Reagans Staatsbesuch

Eine üble Propagandashow

Der Abschluß, in Hambach, war „Krönung" und Spitze des Staatsbesuches von Ronald Reagan in der BRD. In einer Rede, angeblich an „die deutsche Jugend" in Wirklichkeit an die Junge Union sprach er von den freien Menschen — und riet ihnen Unternehmer zu werden. Kleinunternehmer versteht sich, die Großen gibt es ja schon. Noch selten wurde der Begriff der Freiheit so direkt mit dem Unternehmertum verbunden wie in Reagans Abschlußrede.

Aber auch an diesem letzten Tag gab es beileibe nicht nur Jubel für den Weltpolizisten und — Moralapostel Nummer eins. Erneut mußte ein enormes Polizeiaufgebot anmarschieren, um Reagan den Sichtkontakt mit Protest zu ersparen, wurden Polizeistaatsinseln geschaffen, in denen absolute Willkür regierte. (Siehe Berichterstattung auf Seite 2,3 und 4).

Schon vor Reagans anschließendem Spanien-Besuch waren dort Hunderttausende auf die Straße gegangen. Eine solche große Zahl wurde durch die verschiedenen politischen Boykotte in der BRD verhindert. Nur ja keine Konfrontation mit Reagan, das war die Leitlinie unter der dies stattfand — da waren die Teilnehmerzahlen der verschiedenen Protestaktionen um so höher zu bewerten, Aktionen, die die gesamten Tage von Reagans Aufenthalt begleiteten, einschließlich der Tage des Gipfels.

Eine üble Propagandashow, die in diesen Tagen — mit Hambach als Höhepunkt — organisiert worden war, ist durch diese ständigen Proteste empfindlich gestört worden. Auch wenn die Jungunionler artig einen Knicks vor ihrem Ideol machen durften und ihn auch — vermutlich nach der Uhrzeit — etwas fragen durften.



„Parteienkauf"

Kölner Gericht will Tatsachen schaffen

Einen wichtigen Erfolg auf dem Weg zur klammheimlichen Beendigung der sogenannten Parteispenden-Affäre errangen die kapitalistischen Steuerbetrüger und Parteieneinkäufer in der letzten Aprilwoche: Das Kölner Finanzgericht bestätigte ihnen, daß angebliche Parteispenden als Betriebsausgaben steuerlich abzugsfähig seien.

Damit liegt, nach verschiedenen Urteilen, in denen laviert wurde, die nur im konkreten dazu beitrugen, Unternehmer aus der Schußlinie zu bringen, erstmals ein Urteil von grundsätzlichem Charakter vor.

Gerade ein solches Urteil — auch in Juristenkreisen äußerst umstritten — war die ganze Zeit vor allem von CDU und FDP und ihren Gönnern angestrebt worden: Eine leise Form von Amnestie, ohne politische Skandalwirkung.

Der „Spiegel" in dieser Sache als einer der wenigen noch am Ball, berichtet diese Woche nun von der erstaunlichen Tatsache, daß die Richterin, die so entschied, zufällig Ehegattin des Anwalts des ebenfalls betroffenen Chemiekonzerns Hoechst ist... Und von seltsamen Machenschaften, die dazu führten, daß gerade diese Richterin „dran" war, als es um diese Sache ging.

Zwar wird nun von verschiedener Seite, auch vom „Spiegel" eingewandt, dieses Urteil könne gar keinen Bestand haben. Die Wahrscheinlichkeit, daß es aber zumindest in den nächsten Finanzgerichtsinstanzen durch kommt, ist groß: Der Chef des Bundesfinanzgerichtes ist schließlich nicht nur alter CSU-Protege, sondern hat sich bereits zur Jahreswende eindeutig ebenfalls im Sinne des nun ergangenen Urteils geäußert.

Nach dem Schweigen in Bonn folgen nun also die Taten im Hintergrund, die allesamt darauf abzielen, die ganze Sache möglichst schnell abzuschließen, ohne daß sich auch nur die geringste Kleinigkeit an bisher geübten Praktiken ändert.

Schnoors Bericht:

Bürgerkrieg mit Reservekanister?

Der — nebenstehend abgedruckte — Bericht des NRW-Innenministers Schnoor über das „Waffenarsenal der Demonstranten" ist natürlich nichts Neues. Solche Berichte gab es immer wieder nach Großdemonstrationen, oft genug verbunden mit malerisch aufgereihten Gegenständen im Fernsehen. Neu daran mag nur sein, mit welcher Plumpheit hier versucht wird, die Polizeiaufmärsche zu rechtfertigen.

Einmal abgesehen davon, daß ein wesentliches fehlt: Die abgebrochene Antenne aus dem KPD-Auto, die ebenfalls beschlagnahmt wurde (mit der vielleicht ferngelenkte Raketen gezündet werden sollten?) ist die Liste der Gegenstände entlarvend. Vor allem für bundesdeutsche Autofahrer: Nur zwei Feuerlöscher und eine ungenannte Zahl von Kanistern mit Benzin und Diesel — ja fahren die alle ohne Reserve?

Transparentstangen waren ebenso dabei wie Klappspaten und Knallkörper — aber so ganz an früheren Zeiten kommt das noch nicht ran, als auch feste Schuhe als potentielle Angriffswaffen beschlagnahmt wurden.

Und andererseits: Warum werden nur Seile beschlagnahmt und nicht auch die in Bonn zu Tausenden vertretenen Würgetücher, die die möglichen Täter auch noch ganz offen um den (eigenen) Hals trugen?

Nein, erst solche Sachen hätten Schnoors absolute Qualifikation zum Polizeiminister endgültig bewiesen.

Obwohl er auf dem Weg dorthin den Rubikon längst überschritt.

„Schnoor wertete die Funde als Beweis dafür, daß es künftig besser wäre, Demonstrationen vom Kernbereich der Bonner Innenstadt fernzuhalten." Und was bitte, ist mit Düsseldorf? Oder Dortmund? Oder anderswo? Logisch, nach Schnoor, müßte es doch heißen, Demonstrationen aus allen Innenstädten rauszuhalten. Aber dann: Und in den Vororten? Auf der grünen Wiese? Gerade jetzt, wo die SPD den Umweltschutz entdeckt hat? Genug davon.

Der Versuch Schnoors, der von ihm (nicht allein) gewollten Polizeimacht-Demonstration nachträglich sachliche Rechtfertigung zu verschaffen, ist in der Tat ausgesprochen plump ausgefallen.

Diese mehr als krampfhafte Aufzählung läßt weder darauf schließen, daß irgendjemand den Bürgerkrieg mit dem Reservekanister proben wollte, noch darauf, daß da ein — auch nur kleines — Potential da gewesen wäre, um echte Randale zu machen. Sie läßt ausschließlich darauf schließen, daß es Schnoor und der Landesregierung darum geht, sich als Ordnungshüter zu profilieren — und das hat er besser geschafft als eine Begründung dafür herbeizuschaffen.

Schnoor: Waffenarsenal bei Bonner Demonstranten gefunden

Bonn (AP)

Bei Fahrzeugkontrollen in Bonn während des Wirtschaftsgipfels hat die Polizei ein ganzes Arsenal von gefährlichen Waffen und Gegenständen sichergestellt. Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD) führte auf einer Pressekonferenz in Bonn an Beweismitteln unter anderem vor einen sogenannten Schießstift, Präzisionsschleudern für Stahlkugeln, einen Behälter mit Salzsäure und dazugehörigen Glasampullen, Kanister mit Benzin und Dieselöl, eine Flasche mit Sprühgas, 13 Motorradhelme, zwei Klappspaten, acht Holzstöcke von etwa zwei Meter Länge, ein mit Gummi ummanteltes Stahlrohr, mehrere Messer, ein Stilett, Ketten, Seile, Knallkörper und zwei Feuerlöscher. Schnoor wertete die Funde als Beweis dafür, daß es künftig besser wäre, Demonstrationen vom Kernbereich der Bonner Innenstadt fernzuhalten. Er teilte mit, daß gegen 13 Teilnehmer des sogenannten Tribunals gegen den Wirtschaftsgipfel Strafverfahren eingeleitet worden seien.

Die Bewertung des Gipfels

Nur eine leere Deklaration?

Betrachtet man sie erste Kommentare zum 11. Weltwirtschaftsgipfel in Bonn am vergangenen Wochenende, so fällt auf, daß alle kritischen Beurteilungen mehr oder minder darauf hinauslaufen, zu unterstreichen, es sei eine Propagandashow ohne Ergebnisse gewesen — eine Kritik, wie sie immer wieder geäußert wurde, auch bei allen früheren Gipfeln, die aber dadurch nicht richtiger wird.

Keine Ergebnisse? Sicher nicht, wenn es darum geht, ob jetzt eine neue Politik formuliert worden sei — das ist nicht der Fall. Im Gegenteil: Die Deklaration widmet sich ausführlich der Darstellung der Absicht der Beteiligten, an der bisherigen Politik festzuhalten. Dem entspricht auch die geäußerte Zufriedenheit über die wirtschaftliche Entwicklung der Teilnehmerstaaten.

Keine Ergebnisse? Zumindest keine, was einige unmittelbar, aktuell umstrittene Punkte zwischen den teilnehmenden Staaten betrifft. So verstrich der Termin, den die USA für eine Teilnahme am Reaganschen SDI-Programm gesetzt hatten, ohne daß die westeuropäischen Staaten sich definitiv dazu geäußert hätten. Dazu haben mit Sicherheit zahlreiche Proteste aus der Friedensbewegung in ganz Europa beigetragen, aber auch die andersgelagerten Absichten, die vor allem Frankreich mit seinem Alternativprogramm (Eureca) verfolgt. Am Willen der Bundesregierung jedenfalls hat es nicht gelegen, so wenig wie an den Profitabsichten der in Frage kommenden Konzerne, die ja bereits eifrig Fakten schaffen durch Verträge auf Firmenebene.

Ebensowenig wurde ein Termin für die vor allem von den USA und der BRD geforderte Handelskonferenz festgelegt — hier kommen die Widersprüche sogar im Text der Deklaration zum Ausdruck.

Ergebnisse aber gibt es — vor allem — in zweierlei Hinsicht, was die Wirtschafts- und Finanzpolitik in den eigenen Ländern betrifft und was die Haltung zu den verschuldeten unterentwickelten Ländern betrifft.

„Wir werden größere Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit auf allen Märkten, besonders auf dem Arbeitsmarkt fördern."

Das ist mehr als nur das, was die verschiedenen Regierungen ohnehin bereits seit ihrem Amtsantritt getan haben, diese Vorgehensweise bekommt durch die Bekräftigung gemeinsamer Art mehr Stoßkraft — interpretiert werden kann sie durchaus auch als gemeinsame Kampfansage der kapitalistischen herrschenden Klassen an die Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung dieser Länder.

Die sogenannte Beweglichkeit am Arbeitsmarkt, die die Herrschaften da so großzügig zu fördern gedenken, das ist ja nichts anderes als das, was in der BRD unter dem Stichwort Flexibilisierung und neue Heimarbeit in der Debatte ist — der gegenseitige Verweis auf die Konkurrenz und die gefährdete Exportfähigkeit kann mit einer solchen Gemeinsamkeit überzeugender vorgetragen werden.

Auch gegenüber den unterentwickelten Ländern ist das Neue eigentlich Altes: War in den letzten Jahren immer mehr der Internationale Währungsfond zu dem Instrument diktatorischer Schuldenpolitik in den Händen gerade dieser beteiligten Staaten gemacht worden, so wird dies in dieser Deklaration bereits als Selbstverständlichkeit nahezu vorausgesetzt, nur noch von seinem weiteren Wirken gesprochen. Auf die Kritik aus vielen der betroffenen Länder wird damit durchaus eingegangen: Sie wird abgelehnt.

Die Forderung nach freien Märkten schließlich richtet sich in dieser Deklaration deutlicher als früher direkt an die unterentwickelten und verschuldeten Länder. Dies nicht nur als Ergebnis dessen, daß es untereinander mit dem so viel beschworenen freien Handel ohnehin nicht so recht klappen mag, und wohl keine Wende diesbezüglich absehbar ist. Sondern auch als Ergebnis von Bestrebungen neuer Kartellbildungen der betreffenden Länder für ihre Produkte — weil jedermann sich an einem Finger ausrechnen kann, daß in jenen Ländern die einheimischen Produkte (so weit sie wirklich „einheimisch" sind) mit denen der Monopole selten konkurrieren können, ein freier Handel also immer zugunsten dieser großen kapitalistischen Länder ausgehen muß.

Natürlich: Rummel, Polizei und Geldaufwand stehen ebenso wie viele hohle Sprüche im Vordergrund eines solchen Gipfels, da unterscheidet sich dieser jetzt in Bonn höchstens graduell von seinen Vorgängern. Dies ist ebenso klar, wie daß sich die zwischen den Teilnehmern bestehenden Widersprüche auf diesen Gipfeln nicht lösen lassen — was inzwischen auch gar nicht mehr versucht wird.

Aber das darf, wie zu zeigen beabsichtigt war, nicht zur Meinung führen, da würde gar keine Politik gemacht, das Gegenteil ist der Fall: In erster Linie gegen die verschuldeten halbkolonialen Staaten, aber auch gegen die werktätige Bevölkerung der Teilnehmerstaaten dieses Gipfels.

Die Politik, die da gemacht wird, entspricht durchaus derjenigen der Bundesregierung, die sich deshalb problemlos einfügt. Die Kritik, dieser Gipfel habe nichts gegen die Arbeitslosigkeit getan, wie sie vor allem von der SPD-Führung geäußert wurde, trifft ohne weiteres zu: Nur gilt das auch für die früheren Gipfel mit Kanzler Schmidt und außerdem ist er das war das auch keineswegs beabsichtigt ...

Spendenkonto „Miners"

Spendenaufruf
Die KJD will auf ihr diesjähriges Sommerzeltlager in Holland zehn bis fünfzehn junge Bergarbeiter aus England einladen. Dafür brauchen wir Kohle (nicht die schwarze ...) Wir betrachten das mit als einen Beitrag, die Solidarität gerade nach Beendigung des Streiks weiterzuführen!

„Kohle" für die Miners

Spenden bitte auf folgendes Konto: Stadtsparkasse Dortmund C. Stockmar, Verw.zweck: „Miners" Kt.Nr.: 322055773 (BLZ 44050199)

Eingegangen sind im April folgende Spenden, zugunsten der jungen britischen Bergarbeiter zur Teilnahme auf dem KJD-Zeltlager:

N. H., Bremen	50,—
F. H. St., Heilbronn	20,—
C. St., Dortmund	20,—
E., Herne	500,—
insgesamt	590,—

Heißen Dank an die Spender!

Die „Freunde" Kohl und Reagan

Staatsbesuch: Ein Polizeifestival

Immerhin, eines ersparten sich die großen Amerikafreunde bei Ronald Reagans Staatsbesuch: Den Anblick von Polizisten, die auf protestierende jüdische Demonstranten einprügelten. Sie beschränkten sich darauf, diese wegzutragen. Unter zahlreichen Protesten gerade von jüdischen Demonstranten, aber auch der Friedensbewegung, besuchte Reagan Bergen-Belsen und Bitburg.

Bezeichnend für den Inhalt des ungeheuren Schwalls an Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen: Der ZDF-Reporter, der dem jüdischen Jugendlichen ins Wort fiel wegen dessen Kritik an der SS und stattdessen einen Altnazi von der Waffen-SS minutenlang reden ließ.

Bezeichnend für Ablauf und Organisation des Reagan-Besuchs: Das ungeheure Polizeiaufgebot überall, wo der US-Präsident im weitesten Umkreis zu sehen war, serienweise Bannmeilen, Zugangsverbote und dergleichen mehr. Das galt sowohl für Bonn als auch für Reagans Besuche an beiden Orten, erst recht für die verschiedenen Gala-Empfänge.

Bezeichnend für das Herumlavieren angesichts des Protestes, den Reagans Bitburgbesuch vor allem ausgelöst hatte: Die Kürze dieses Besuches, die immer weitere Herabsetzung im „Protokoll" und die salbungsvollen Worte des Verständnisses für den Protest (für das andere war ja die Polizei da).

Bezeichnend für den Inhalt dieser Veranstaltung: Das „Soldatische". Die Massenmörder von Oradour und Malmedy, die Waffen-SSler: ganz normale Soldaten. Die Massenmörder des Ostlandritts, die großdeutsche Wehrmacht: ein „ganz normaler Krieg". Da paßt es ins Bild, wenn Altfaschisten — in einem Chor mit Alfred Dregger — über alle deutschen Sender behaupten durften, sie hätten ja „an der Ostfront" auch für die „Freiheit Bitburgs" gekämpft.

Sicher: Sie mußten aufgrund des Protestes ein paar Mal mehr sagen als geplant, daß es eine Tyrannei, ganz schlimm usw. gewesen wäre, jene ach so ferne Hitler-Zeit (dessen Generale über Jahrzehnte die Bundeswehr kommandierten, dessen Kriegsrichter vielleicht heute noch Ministerpräsident wären, hätte es da nicht Proteste gegeben). Aber am Inhalt selbst änderte sich nichts: Hitler ist eben „überwunden", und heute kämpft die BRD an der Seite Amerikas „für die Freiheit". Weder zum einen noch zum anderen wurden Argumente vorgebracht, aber das war ja auch nicht der Sinn der Sache, sondern eine Demonstration sollte es sein, war es auch — gekrönt von Reagans besonderen Geschmacklosigkeiten. Wenn ausgerechnet der US Präsident sich, zehn Jahre nach der Niederlage der US-Aggression gegen Vietnam als „boat people" darstellt (und anderes mehr), dann kann das nur noch als zynisch bezeichnet werden.

So wurde es noch zu einer gegenseitigen Reinwaschbekundung, ein echter Kongreß von Weißwäschern, die für die Unternehmerfreiheit kämpfen.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Aus der Schlußerklärung des Gipfels

Im folgenden veröffentlichen wir einige Auszüge aus der Abschlußerklärung des Weltwirtschaftsgipfels, die am 4. Mai veröffentlicht wurde.

Die Weltwirtschaft befindet sich heute in einer besseren Verfassung als seit geraumer Zeit. Seit unserem letzten Treffen wurden weitere Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung und bei der Stärkung der **Grundlagen des wirtschaftlichen Wachstums erzielt.** Die Erholung in den Industrieländern beginnt sich jetzt auch auf die Entwicklungsländer auszubreiten. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer — obgleich noch keineswegs gelöst — werden flexibel und wirksam angegangen. (...)

Wir werden auf den Abbau der Wachstumshemmnisse hinarbeiten und Initiative und Unternehmergeist fördern, um dadurch die schöpferische Leistungskraft unserer Völker freizusetzen, dabei aber für die Bedürftigen eine angemessene Sozialpolitik beibehalten.

Wir werden größere Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit auf allen Märkten, besonders auf dem Arbeitsmarkt fördern.

Wir werden die Ausbildung insbesondere der Jugend unterstützen, um die berufliche Qualifikation zu verbessern.

Wir werden die Chance ausschöpfen, die im wirtschaftlichen Wandel und technologischen Fortschritt für die Sicherung von Wohlstand und dauerhafter Beschäftigung liegen. (...)

Anhaltendes Wachstum des Welthandels, niedrigere Zinsen, offene Märkte und fortgesetzte Finanzierung in einem Umfang und zu Bedingungen, die dem jeweiligen Einzelfall gerecht werden, sind wesentlich, um die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, gesundes Wachstum zu erreichen und ihre wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Der Ressourcenzufluß einschließlich **öffentlicher Entwicklungshilfe, besonders an die ärmeren** Länder, soll beibehalten und, wo immer möglich, erhöht werden. Vor allem sollten stabilere langfristige Finanzierungsströme, z. B. Direktinvestitionen der Industrieländer, gefördert werden. Wir begrüßen die zwischen Schuldnerländern und Geschäftsbanken vereinbarten längerfristigen Umschuldungen. Wir sind weiterhin bereit, in geeigneten Fällen über mehrjährige Umschuldungen von Verbindlichkeiten gegenüber Regierungen und öffentlichen Einrichtungen zu verhandeln.

Wir unterstützen auch weiterhin den konstruktiven Dialog mit den Entwicklungsländern in den bestehenden internationalen Institutionen mit dem Ziel einer Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der sozialen und politischen Stabilität dieser Länder. Wir betonen die entscheidende Rolle **des internationalen Währungsfonds und der** Weltbankgruppe und der verbesserten Zusammenarbeit zwischen ihnen bei der Stützung einer Politik der Schuldnerländer, die erforderlich ist, damit das Vertrauen der in- und ausländischen Gläubiger und Investoren gestärkt, die inländische Ersparnisbildung angeregt, die Ressourcen wirkungsvoll genutzt werden und eine gesunde langfristige Entwicklung gesichert ist. (...)

Wir begrüßen die positiven Antworten der Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation (EWO), Kanadas und Japans auf die Einladung des amerikanischen Präsidenten zur Mitarbeit an dem Programm der Vereinigten Staaten für bemannte Raumstationen auf der Grundlage echter Partnerschaft und eines fairen und angemessenen Austauschs von Informationen, Erfahrungen und Technologien. Gespräche über die Zusammenarbeit der Regierungen bei Entwicklung und Nutzung ständig bemannter Raumstationen werden umgehend beginnen. Wir begrüßen auch die Beschlüsse des EWO-Rats über die Notwendigkeit der Erhaltung und Ausweitung einer eigenständigen Kapazität Europas für Aktivitäten im Weltraum und über das langfristige europäische Weltraumprogramm und seine Ziele. (...)

Großkundgebungen zum 8. Mai

Nie wieder Faschismus — Nie wieder Krieg



Hamburg



Frankfurt

In Köln, Hamburg und Frankfurt demonstrierten am vergangenen Samstag anläßlich des bevorstehenden 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus rund 90000 Menschen. Bei allen Kundgebungen stand im Mittelpunkt der Parolen und Redebeiträge als hauptsächliche Lehre des 8. Mai, die Kritik an der NATO-Hochrüstung, den US-Raketen in der Bundesrepublik, der Weltraumrüstung und der aggressiven Politik der USA gegenüber Nicaragua.

In Hamburg gingen 30000 Menschen auf die Straße. „8. Mai — Tag der Befreiung" war auf dem großen Transparent an der Spitze des Zuges zu lesen.

25000 Menschen demonstrierten **in Köln** dafür, daß kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgehen darf. Während der eindrucksvollen Kundgebung kam es am Rande zu Prügeleien durch eine Handvoll Anhäger der faschistischen FAP, die in Nordrhein-Westfalen ungehindert an der Wahl in der kommenden Woche teilnehmen darf.

Ebenfalls 30000 Menschen demonstrierten **in Frankfurt**, wo auch der Widerstand gegen die Reagansche Kriegspolitik insgesamt und besonders gegen Nicaragua im Mittelpunkt stand.



Bonn

Auch in Neustadt in der Nähe von Hambach wurde gegen Ronald Reagan protestiert. Die ungeheure Provokation, Reagan ausgerechnet an einem Ort mit außergewöhnlicher demokratischer Tradition auftreten zu lassen, blieb nicht unbeantwortet.

Am Sonntag dem 5. Mai veranstaltete die SPD in Neustadt ein Friedensfest. Hier wurde in erster Linie die US-Politik gegenüber Nicaragua kritisiert. Oscar Lafontaine geißelte die „verbrecherische Politik der Supermächte" SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski griff Reagan vor allem wegen des gerade in Bonn verkündeten Handelsembargos gegen Nicaragua scharf an.

Gast der Veranstaltung war auch die Witwe des ermordeten nicaraguanischen Postministers Enricue Schmidt, Maria Cuadra Schmidt, die betonte, ihr Land werde *„nie wieder zu der grausamen Vergangenheit des Somozismus zurückkehren, selbst wenn Herr Reagan das will."*

Neustadt



Neustadt

Am Montag, dem Tag der Rede des US-Präsidenten vor handverlesenen Jubel-Jugendlichen demonstrierten von Neustadt aus zwischen 1200 und 1500 Menschen in einem breiten Bündnis. Vom vorgesehenen, genehmigten Demonstrationsweg wichen dann rund 400 Leute ab und stießen bis zur massiven Polizeiabsperrung vor. Unterwegs wurden Busse mit den herangekarrten Jubel-Jugendlichen blockiert. Vor den Absperrungen war dann aber für die meisten Schluß. Einige wenige kamen noch weiter — Bussen wurden Reifen aufgeschlitzt, 40 Verhaftungen soll es gegeben haben. So wurde auch in der Provinz deutlich: Reagan war in der Bundesrepublik extrem unerwünscht.



Zur „Wahrung des Denkmalschutzes", so die spätere offizielle Erklärung, griff die Polizei ein

Rund 25000 Menschen demonstrierten am vergangenen Samstag in Bonn gegen den Weltwirtschaftsgipfel und den Besuch des amerikanischen Präsidenten. Eine erfreuliche Anzahl, bedenkt man, daß zur gleichen Zeit in Köln, Hamburg und Frankfurt Großdemonstrationen angesagt waren, bedenkt man weiterhin, daß Tage vor diesem Termin Bonn von der Polizei praktisch besetzt war und die Medien immer wieder die großen Gefahren heraufbeschworen, die den Gipfelgästen bei ihrem Treff in Bonn drohen könnten. 25000 ließen sich davon nicht beeindrucken und kamen nach Bonn. Dort wurde provoziert. Weiträumige Absperrungen auf den Autobahnen, Kontrollen und massives Polizeiaufgebot erwarteten die Demonstranten. Die 15000 in Bonn stationierten Polizisten und Grenzschützer traten martialisch auf. In voller Kampfmontur, mit Helm, Schild, Knüppel, Reizgas und Ballermann waren sie — immer in Rudeln — allgegenwärtig. Vor dem massiv abgesperrten Bundesministerium des Innern — Zimmermann Ministerium — stand Hans-Ulrich Wegner, der ehemalige Chef der GSG 9 breitbeinig in Feldherrnpose und sah sich die Demonstration an. Die verlief lange ruhig und friedlich. Die Demonstranten nahmen die Provokationen der geballt auftretenden Staatsmacht noch gelassen hin.

Die Befreiung Beethovens oder: Die Krawallmacher

Erinnern wir uns: die SPD in NRW, die nicht nur dafür gesorgt hat, daß ihr Anhang samt Jusos dieser Demonstration fernblieb, hatte in den letzten zwei Wochen in allen Wahlkampfanzeigen gewarnt, wer nach Bonn ginge, der betreibe politisch das Geschäft der CDU, weil es ja Krawall geben könne, und der würde dem sozialdemokratischen Innenminister und obersten Polizisten NRWs in die Schuhe geschoben werden, mit dem Argument, der könne unsere ausländischen Gäste nicht schützen. Also war angesagt, eine Demonstration des Innenministers, die eindeutig klarmacht, wie staatstragend und staatserhaltend die SPD doch ist.

Wie der SPD-Innenminister Schnoor die Bonner Innenstadt in eine belagerte Zone verwandelte, darin war er am 4. Mai nun wirklich von niemandem in der Bundesrepublik zu überbieten. Und er hat auch klargemacht, wie die von der sozialdemokratischen Partei geführte Polizei mit „Chaoten" umgeht. Es dauerte allerdings etwas. Auf dem Münsterplatz, während der Abschlußkundgebung bot sich dann die Gelegenheit.

Das beliebte Standbild des Ludwig van Beethoven war von jungen Punks und Autonomen „geschmückt". Eine schwarze Fahne hatte Ludwig in der Hand, eine US-Flagge in seinem Arm brannte herunter. Auf einmal kam Bewegung in die Menge. Ein Trupp Polizisten versuchte Beethoven zu befreien, es gab Rangeleien, Knallkörper flogen, einige Flaschen, die Polizei bildete eine starke Kette quer über die Rückseite des Kundgebungsplatzes. Der Aufmarsch der Polizei auf den Kundgebungsplatz, an sich schon Provokation genug, wurde zu einer Knüppelorgie, als die Bullenkette mit Gegenständen beworfen wurde. Wie wild stürmte die Polizei in die Demonstranten, ein Teil des Platzes wurde faktisch geräumt, unter Schlägen und Tränengas. Gut, dann gingen die Scheiben beim Kaufhof zu Bruch, aber die Provokateure von Bonn waren nicht einige 'Chaoten', die Provokation war das Auftreten der Polizei, die die gewaltsame Auseinandersetzung suchte und fand.

NRW-Innenminister Schnoor, der noch am Abend die Veranstalter — und da natürlich vor allem die Grünen, als Konkurrenten im Landtagswahlkampf — für die Zwischenfälle verantwortlich machte, lügt: die Schuldigen waren nicht die Grünen, sondern die, die in Bonn so massiv in grün auftraten: die Polizisten, die Krawallmacher in Uniform.



An einer Kirche auf dem Münsterplatz hing dieses Transparent leider nur kurz. Die Polizei holte es herunter.



Gruß an Ronnie



Ein frommer Wunsch


Die prügelnden Polizisten auf dem Kundgebungsplatz

Bonn, am 3. Mai:

Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel

Die Grünen, Dritte-Welt-Gruppen und Teile der Friedensbewegung hatten für den 3. Mai zu einem Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel aufgerufen.

Die Mammutveranstaltung in der Stadthalle von Bonn/Bad Godesberg war ein voller Erfolg. Rund tausend Teilnehmer, weit mehr als erwartet, verfolgten das zehnstündige Programm. In fünf Themenblöcken und mit fünfzehn Arbeitsgruppen wurden folgende Bereiche behandelt: **40 Jahre Niederschlagung des faschistischen Deutschlands — Kontinuität oder Bruch der wirtschaftlichen Interessen? Die Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die Dritte Welt. Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat. Auswirkung der Weltwirtschaftsordnung in den Metropolen. Militärstrategische Absicherung der Weltwirtschaftsordnung.**

Unmöglich, über alles genau zu berichten. Die **Veranstalter, der Trägerkreis** des Tribunals hat angekündigt, eine Dokumentation der wesentlichen Beiträge und Diskussionsergebnisse herauszugeben. Wenn diese Dokumentation vorliegt, werden wir sie im RM bekanntmachen.

Die Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsgipfel fand unter extremer Polizeipräsenz statt. Um die Halle herum, auf allen Zufahrtswegen waren massiv Polizeieinheiten aufmarschiert. Die Kennzeichen aller Autos in der Nähe des Tribunals wurden notiert, An- und Abreisende kontrolliert und durchsucht, wie schon gewohnt, Benzinkanister als „potentielle Waffen" beschlagnahmt. Aus dem Auto der KPD, das die Materialien für den Info-Stand heranfuhr, stellte die Polizei eine alte abgebrochene Radioantenne „sicher". Fotografen, die diese Polizeieinsätze aufnahmen, wurden Filme beschlagnahmt, Walter Schwenninger, Mitglied der Grünen im Bundestag wurde festgenommen, als er sich beim Einsatzleiter der Polizei nach den Gründen des Vorgehens gegen die Kongreßteilnehmer erkundigte. Wie ein Schwerverbrecher wurde er in einen Polizeiwagen gestoßen und mißhandelt. Hier schon deutete sich die Taktik der Polizei an: provozieren und nochmals provozieren, um die Teilnehmer der Gegengipfelaktionen zu Chaoten zu stempeln.

Das Tribunal begann mit einem Referat des Hamburger Arztes und Historikers Karl Heinz Roth. Er legte beeindruckende Fakten für die frühen Beziehungen zwischen Nazi-Kapital und US-Imperialismus vor. Roth legte dar, wie vieles von den Plänen für eine Nachkriegsordnung, wie sie die Nazis ausarbeiteten, von den Westalliierten durchgeführt wurde. Folgerichtig meinte Karl Heinz Roth, Kohl und Reagan sollten ruhig die SS-Gräber in Bitburg besuchen, *„das nazistisch-amerikanische Bündnis hat schließlich schon 1944 begonnen"*.

Der längste Programmblock am Vormittag war der über die Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung auf die 3. Welt. Obwohl zwei Referenten verhindert waren, der brasilianische Vertreter der Arbeiterpartei PT konnte wegen eines Streiks in Brasilien, der auch die Flughäfen lahmlegte, nicht kommen, der Vertreter der oppositionellen indischen *Ja Nata*-Partei war erkrankt. Aber die Politologin Susan George aus Washington und der nicaraguanische Referent Felix Contreras hielten interessante Referate und eröffneten damit eine ergiebige Diskussion. Susan George, Autorin zahlreicher Arbeiten über den Welthunger und heftige Kritikerin der IWF-Praktiken und der internationalen Banken, führte auf die Praktiken des westlichen Kapitals die Erscheinungen der Dritten Welt, wie Unterentwicklung und Hungersnöte, Arbeitslosigkeit und ständige Verelendung zurück. In der anschließenden Diskussion wandte sie sich aber auch gegen eine These, die besagt, **der Norden**, sei Schuld am Elend in der südlichen Hemisphäre dieser Welt. Damit, so Susan George, könne man wohl kaum den rund sieben Millionen arbeitslosen US-Bürgern kommen, nicht den 35 Millionen, die in den Vereinigten Staaten unterhalb der Armutsgrenze leben, auch nicht den Zigtausenden ehemaligen Industriearbeitern, die ihre Arbeit in gewerkschaftlich abgesicherten Positionen vertauschen mußten gegen Jobs im Dienstleistungsgewerbe, ohne soziale, tarifliche Sicherheiten. Denn der Imperialismus schafft Elend nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in seinen „eigenen" Ländern. Beispiele dafür sind ja auch die armen Länder in Westeuropa, **Portugal etwa oder Irland**, und nicht zuletzt schaffte die Wende ja in der Bundesrepublik eine neue Armut. Vertreter Nicaraguas war Felix Contreras, der Vize-Präsident des Nicaraguanischen Freiberuflerverbandes. Der Wirtschaftswissenschaftler, der auch Mitglied des Verbandes „Dritte Welt-Wirtschaftswissenschaftler" mit Sitz in Algerien ist, sprach über die Destabilisierung und soziale Veränderungen eines revolutionären Prozesses, kurz: über die aktuellen Probleme Nicaraguas. Er betonte zum Handelsboykott der US-Regierung: *„Der auf deutschem Boden diktierte Krieg der Regierung Ronald Reagans stellt eine Verhöhnung der internationalen öffentlichen Meinung dar, die in diesem Augenblick des Sieges über den Faschismus feierlich gedenkt und unermüdlich für den Erhalt des Friedens kämpft, um den Rüstungswettlauf zu stoppen, der die Menschheit mit ihrer Vernichtung droht."* Wie Susan George rief auch Felix Contrera dazu auf, das verhängte Embargo zu durchbrechen, zu verhindern, daß sich andere Staaten diesem Schritt anschließen. Den Dank an die westdeutsche Solidaritätsbewegung beendete er mit den folgenden Worten unter großem Beifall: *„Als Gegenleistung können wir euch nur das Einstehen für die Losung unserer Revolution versprechen, ein freies Vaterland oder Tod."*

Anja Kuhr und Veronika Bennhold-Thomsen sprachen zum Themenbereich Imperialismus und Patriarchat. Hier ging es hauptsächlich um die Bevölkerungspolitik, die auf dem Rücken der Frauen gemacht wird, um die Funktion, die der weltweite Imperialismus den Frauen „zuweist", um die Ausbeutung von Frauen in der Dritten Welt, als billige Arbeitskräfte und Sexobjekte für dort stationierte Truppen. Zu den Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung in den Metropolen sprach dann — viel umjubelt — ein Vertreter der National Union of Miners, NUM, aus Großbritannien. David Hamilton stellte den Kampf der britischen Bergarbeiter in einen gesamteuropäischen Zusammenhang und rief auch zu weiterer Solidarität mit den Familien der im Streik gekündigten Bergarbeiter auf. Sofort ging eine Sammelbüchse im Saal um. Rafael Sanches, der nächste Redner, war von der anarcho-syndikalistischen Landarbeitergewerkschaft Andalusiens und referierte über die Auswirkungen der EG-Politik in Südspanien. Ronald Reagan drohte er mit gewaltigen Demonstrationen, die einen Tag später ja dann auch in Spanien stattfanden.

Der Rechtsanwalt Michael Schubert referierte noch zum Thema „Vereinheitlichung der Justiz und Repressionsapparate in Westeuropa".

Am Abend dann gab es noch den Programmblock militärische Absicherung der Weltwirtschaftsordnung. Neben Cynthia Enloe aus den USA zum Thema „Frauen und Militär" sprach Roman Bedor von der Pazifikinsel Balau. Roman Bedor ist Rechtsanwalt und Sprecher des Nuclear Free and Independent Pacific Movement, der Bewegung für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik. Er klagte die Atomversuche der USA und Frankreichs im Pazifik an. *„Sie sagen immer, die seien ungefährlich"* sagte Roman Bedor, *„aber das glauben wir erst, wenn die USA ihre Atombombentests in Washington und Frankreich seine in Paris durchführt."*

Am meisten Beifall am Abend bekam Jean-Marie Tjibaou von der Nationalen Kanakischen Sozialistischen Befreiungsfront, FLNKS, im französisch besetzten „Neukaledonien". Er betonte das dem kanakischen Volk angeborene unveräußerliche Recht auf Unabhängigkeit, das im von den französischen Imperialisten verwehrt wird. Jean-Marie Tjibaou, der auch der Präsident der provisorischen kanakischen Regierung ist, solidarisierte sich auch mit dem Volk von Nicaragua, allen Befreiungsbewegungen und dankte für die Solidarität mit dem kanakischen Volk, die sich auch hier in der Bundesrepublik immer mehr entwickelt.

Der Überblick über die wichtigsten Programmpunkte des Tribunals gegen den Weltwirtschaftsgipfel kann die genaue Beschäftigung mit allen den Themen nicht ersetzen. Er zeigt aber, daß es eine sinnvolle und erfolgreiche Veranstaltung war, die die imperialistische Politik und ihre Folgen anklagte.

Erklärung des Tribunals zu Nicaragua

Das Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel erklärt sich solidarisch mit der nicaraguanischen Revolution. Wir verurteilen den Krieg, der von den imperialistischen Staaten seit dem Aufstand im Juli 1979 auf militärischer, ökonomischer und politischer Ebene unter Anleitung der USA gegen Nicaragua geführt wird. Der oberste NATO-Kriegstreiber Ronald Reagan hat mit der Verhängung des Handelsembargos einen weiteren Schritt in der Eskalation getan.

Die Bundesregierung als zweitstärkster NATO-Bündnispartner trägt bereits seit längerer Zeit durch die Streichung ihrer Entwicklungshilfe für Nicaragua zur Destabilisierung des Landes bei. Hinter allen ökonomischen Unterdrückungsstrategien steht die Erweiterung des Contra-Krieges bis hin zur direkten Intervention.

Gegen diese Politik werden wir in der Bundesrepublik den Widerstand organisieren.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel wird über die Fortsetzung der Ausbeutungspolitik gegen Länder der sog. Dritten Welt, wie Nicaragua, verhandelt. Deshalb werden wir gegen diese Veranstaltung morgen in Bonn auf die Straße gehen.

Solidarität mit Nicaragua — no pasaran.

Westberliner DGB: Bestrafung der BMW-Spitze!

Peter Vollmer Zutritt zur Betriebsversammlung verweigert

Peter Vollmer, einem der drei entlassenen Westberliner BMW-Gewerkschafter, der inzwischen einen rechtskräftigen Weiterbeschäftigungsanspruch hat, wurde der Zutritt zur Betriebsversammlung am 23. April verweigert.

Peter Vollmer hatte zuvor versucht, sich vorsorglich durch eine einstweilige Verfügung den Zutritt zum Werksgelände und zur Betriebsversammlung zu erzwingen. Der Antrag auf einstweilige Verfügung wurde vom Arbeitsgericht abgelehnt, weil die BMW-Geschäftsleitung vor dem Arbeitsgericht eidesstattlich zusagte, Peter Vollmer erhalte Zutritt. Tatsächlich wurde er aber nicht auf das Werk gelassen.

Die von Vollmers Anwalt Plambeck sofort beantragte einstweilige Verfügung auf Zutritt Vollmers zur Betriebsversammlung wurde von der 49. Kammer des Westberliner Arbeitsgerichts erlassen. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde die BMW AG zu 100000,— DM Zwangsgeld, ersatzweise sechs Wochen Haft für eines ihrer Vorstandsmitglieder verurteilt.

In einer Pressemitteilung des Westberliner Solidaritätskomitees heißt es: „Um die Vollstreckung dieser einstweiligen Verfügung leerlaufen zu lassen, hatten Betriebsrat und Werksleitung die Betriebsversammlung bereits nach einer halben Stunde beenden wollen. Wegen der zahlreichen Fragen vieler Kollegen auf der überfüllten Versammlung dauerte diese dann doch weitere 40 Minuten, obwohl weder Betriebsrat noch Werksleitung zu Antworten bereit waren. Es herrschte auf der Betriebsversammlung eine solidarische Stimmung für die drei entlassenen Gewerkschafter. Kein einziger Kollege erhob das Wort gegen Peter Vollmer, Rainer Knirsch und Hans Köbrich.

Bei der Zustellung der einstweiligen Verfügung gegen 16 Uhr war die Betriebsversammlung bereits beendet, so daß der Gerichtsentscheid nicht mehr wirksam werden konnte.

(...)

Entgegen im Spandauer Werk kursierenden Gerüchten hat der Betriebsrat auf der Betriebsversammlung nicht seinen Rücktritt erklärt. Auch die zweite Aufforderung der IG Metall zum Rücktritt blieb bisher folgenlos.

Peter Vollmer wurde von BMW in einem Schreiben aufgefordert, auf eine tatsächliche Beschäftigung zu verzichten, sich mit einer weiteren Beurlaubung bei Fortzahlung der Bezüge oder mit Beschäftigung an einem Arbeitsplatz außerhalb des Werkes zufrieden zu geben. Als Anlage erhielt er den Text einer Unterschriftensammlung — datiert vom 12. Februar, eingereicht am 18. April 85 — gegen die Weiterbeschäftigung der Drei mit den alten Vorwürfen, die im übrigen von verschiedenen Kammern des Arbeitsgerichts und des Landesarbeitsgerichts Berlin bereits als unbegründet zurückgewiesen worden sind. In mehr als zwei Monaten fanden sich nur noch 182 Mitarbeiter von 1800 Beschäftigten trotz Beteiligung vieler Vorgesetzter der verschiedenen Ebenen an dieser Sammelaktion zu einer Unterschrift bereit.“

Peter Vollmer hat inzwischen die 5. und 6. Kündigung, letztere eine fristgemäße, erhalten. Die neu ausgesprochenen Kündigungen ändern aber nichts daran, daß Peter Vollmer einen rechtskräftigen Weiterbeschäftigungsanspruch hat.

In dieser Woche war der Fall BMW auch wieder Gegenstand der Berichterstattung in der überregionalen bürgerlichen Presse („Spiegel“, „Frankfurter Rundschau“ vom 4.5.). Im Mittelpunkt stand die Haltung des BMW-Vorstandes, ergangene Gerichtsurteile zu ignorieren. Die „Frankfurter Rundschau“: „Selbst auf von den Arbeitsgerichten verhängte Zwangsgelder, ersatzweise für je 200 Mark einen Tag Zwangshaft für den Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Kuenheim, hatten die BMW-Anwälte vor Gericht mit der Bemerkung reagiert, eher werde die Firma drei Jahre lang solche Zwangsgelder (hochgerechnet hätte dies eine Summe von mehr als zwei Millionen Mark ergeben) zahlen, als einen der drei Ex-Betriebsräte je wieder zu beschäftigen.“

Auf dieses zynische Verhalten von BMW bezieht sich auch eine von der „Frankfurter Rundschau“ als „außerordentlich scharf“ charakterisierte Stellungnahme des Westberliner DGB-Vorsitzenden Michael Pagels, in der der BMW-Geschäftsleitung vorgeworfen wird, sie begehe „Tag für Tag offenkundig Rechtsmißbrauch“. Pagels erklärte weiter, das Verhalten der BMW-Spitze spiegele offenbar das Verhalten von Unternehmern wider, die sich durch die „politische Wende ermuntert“ glaubten, „ihren Herr-im-Haus-Standpunkt nach frühkapitalistischer Manier durchzusetzen“.

Laut „Frankfurter Rundschau“ verlangte der Westberliner DGB-Vorsitzende die „Bestrafung der Verantwortlichen, was auch heißt: ersatzweise Zwangshaft für den BMW-Vorstandsvorsitzenden Eberhard von Kuenheim“.

Seemannsgarn

Auf der Duisburger Solidaritätsveranstaltung mit den britischen Bergarbeitern hielt der Bremer Seebetriebsrat Söncksen einen Redebeitrag. Der Text der Rede ist in der Nr. 4 der „Informationen aus Betrieb und Gewerkschaft“, die vom Bremer BAB herausgegeben werden, veröffentlicht. Folgendes „Seemannsgarn“ wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten.

Daß wir aber trotz alledem nicht den Mut verlieren, will ich Euch mit etwas Seemannsgarn verdeutlichen — das könnt Ihr ja schließlich von mir als Seemann auch erwarten. Ich will Euch eine Geschichte erzählen: Vom Kapitalisten und dem Sozialpartner oder — Von einem, der auszog, den Klassenkampf zu führen. Die Geschichte verdanken wir im Kern zwei Männern. Nein, nicht wie einige von Euch denken werden, Marx und Engels, sondern den Gebrüdern Grimm. Allerdings ist auch ein gewisser Einfluß des von uns Seeleuten sehr geschätzen Joachim Ringelnatz nicht zu leugnen — also, die Geschichte geht so:

Es war einmal, in diesem unserem Lande, vor gar nicht langer Zeit, daß viele Kollegen auf nicht erklärbare Weise aus dem Arbeitsleben verschwanden. Da tauchte plötzlich das Gerücht auf, daran seien die Kapitalisten schuld. Der Sozialpartner, der ja bekanntlich wie kein Zweiter die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertritt, machte sich also in die Höhle des Löwen auf, um mit ihm über die Arbeitsplatzvernichtung zu verhandeln. Er zieht seinen besten Anzug an, fährt mit dem Fahrstuhl in den 22. Stock des Hochhauses und klopft an die Mahagonitür. Mit einem freundlichen „Grüß Gott“ tritt er nach Aufforderung ein und bleibt verdutzt stehen.

„Großmutter“, sagt der Sozialpartner, „warum hast du so große Augen?“ „Also, sagt der Kapitalist, „erstens sind Sie hier total auf dem falschen Dampfer. Dies hier ist kein Märchen sondern knallharte Wirklichkeit. Aber wenn Sie es vorziehen sollten, im Märchenland zu bleiben, dann sind Sie zweitens auch im falschen Film. Richtig ist zwar, daß ich der böse Wolf bin. Aber deswegen sind Sie noch lange nicht Rotkäppchen, sondern, nach meiner Einschätzung eher eine Mischung aus Dornröschen und Rumpelstilzchen. Und drittens sind meine Augen so groß, damit ich die Profite besser sehen kann.“

„Also das hab ich verstanden“, sagt der Sozialpartner, „aber sage mir, Großmutter, warum hast du so große Ohren?“

„Damit ich die Profite wachsen hören kann, Sie Schwachkopf“, sagt der Kapitalist schon etwas ungehalten.

„Ja, Großmutter, warum hast du denn so eine große Nase?“ fragt der Sozialpartner.

„Damit ich die Profite besser riechen kann“, schreit der Kapitalist inzwischen total entnervt.

„Aber Großmutter, warum hast du denn ein so großes Maul?“... Da spirngt der Nadelstreifenkapitalist über den Tisch, reißt sein widerliches Haifischmaul auf, und frißt den Sozialpartner mit Haut und Haaren auf.

Nun werden viele von Euch wahrscheinlich denken: Ende gut — alles gut! Nix da! Da habt Ihr Euch gewaltig geschnitten. Das dicke Ende kommt noch nach.

Denn auf der Heimfahrt aus der Frankfurter City wird dem Kapitalisten in seinem Mercedes plötzlich speiübel. Er rülpst einige Male angewidert, und als das nichts nützt, da kotzt er doch, ob Ihr 's glaubt oder nicht, den Sozialpartner komplett und in einem Stück wieder aus. Und wenn der seit der letzten Woche nicht gestorben ist, so lebt er noch heute in Frankfurt und anderswo, gibt Interviews an Zeitungen, Funk und Fernsehen und führt so seinen Klassenkampf weiter.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, eine Schlacht ist verloren, der Kampf geht weiter — trotz alledem. Schon jetzt ist eines klar: Der Kampf der britischen Bergleute wird als ein leuchtendes Vorbild in die Geschichte der Klassenkämpfe Europas eingehen. Er hat schon jetzt dazu beigetragen, daß in unserem Lande, in dem viele Kolleginnen und Kollegen fast vergessen haben, was Solidarität heißt, ein neues Bewußtsein entsteht. Dieser Kampf hat deutlicher gemacht, wo die Grenze verläuft und wer der Klassenfeind ist.

Die Miners haben sich um die westeuropäische Arbeiterklasse verdient gemacht.

Vereinigte Papierwerke Schickedanz

Frauen raus — Männer rein

Ein Viertel der Arbeitsplätze wurde in den vergangenen Jahren bei den Vereinigten Papierwerken Schickedanz vernichtet. Jetzt sollen insgesamt 900 weitere Arbeitsplätze bundesweit vernichtet werden. In den Werken Neuß und Gelsenkirchen heißt die Devise der Konzernherrin Grete Schickedanz (zu ihrem Konzern gehört auch der Quelle-Versand): „Frauen raus — Männer rein.“

Im Werk Neuß, wo Tempo-Taschentücher produziert werden, haben die Frauen schon einige Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit den besonderen Ausbeutungsmethoden der Grete Schickedanz. Die Klagen von 52 Kolleginnen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit sind derzeit noch beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Jetzt sollen 90 Frauen bis Jahresende entlassen werden.

Im Neußer Werk wird zur Zeit in Früh- und Spätschicht gearbeitet. Eine ständige Nachtschicht ist nur mit Männern besetzt.

Jetzt werden neue, doppelt so schnell laufende Maschinen aufgestellt. Sie sollen in drei Schichten rund um die Uhr gefahren werden — nur von Männern, weil Frauen nachts nicht arbeiten dürfen.

So werden jetzt Männer eingestellt, um die neuen Maschinen zu bedienen. Anmerkung der Werksleitung: „Die Frauen stehen ja im ersten Halbjahr 85 (für die Kündigung) nicht zur Verfügung, weil wir sie ja noch bis zum Herbst an den alten Maschinen brauchen.“ (nach „druck & papier“)

Nach Abschluß der Umstellung sind die Frauen dann im zweiten Halbjahr 85 zur Entlassung verfügbar.

Dagegen fordert die Belegschaft:

- Erhaltung der Frauenarbeitsplätze,
- keine Umstellung auf rollierenden Dreischichtbetrieb, die Frauen sollen in der Wechselschicht, die Männer in der Dauernachtschicht bleiben.

Mit folgenden Maßnahmen versuchen Betriebsrat und Belegschaft, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen:

- Ablehnung von Mehrarbeit,
- keine Produktion auf Lager zum problemlosen Aufstellen der neuen Maschinen.

Außerdem wird durch Qualifizierungsprojekte dafür gesorgt, daß die Frauen auch die neue Arbeit können.

Im Werk Gelsenkirchen soll im wesentlichen das gleiche Spiel ablaufen. 97 Arbeitsplätze sollen bis Ende 1986 vernichtet werden. Davon 67 Frauenarbeitsplätze. Es soll auf rollierenden, kontinuierlichen Dreischichtbetrieb umgestellt werden. Auch hier begründet die Geschäftsleitung die geplanten Frauenentlassungen mit dem Nachtarbeitsverbot.

Der Betriebsrat des Gelsenkirchener Werkes, in dem unter anderem Windelhöschen produziert werden, hat eine einstweilige Verfügung beantragt, weil die Werksleitung über die Osterfeiertage eine Verlegung und Demontage von Maschinen durchgeführt hat.

Am Samstag, den 27. April, haben sich 90 Kolleginnen und Kollegen des Gelsenkirchener Werkes getroffen, um weitere Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze zu beraten.





Derndruck/Neu-Isenburg

Tarifflucht verhindert

Wie im „Roten Morgen“ (Nr. 18/1985, S. 5) berichtet, standen über 80 Kolleginnen und Kollegen der Firma Derndruck in Neu-Isenburg mehr als zwei Wochen im Streik, um zu verhindern, daß das Unternehmen auch den Beschäftigten, für die jetzt der Drucktarifvertrag gilt, die schlechteren Bedingungen des Tarifvertrages für den Bereich Papier, Pappe, Kunststoff aufzwingt.

1,5 Millionen Mark sollte diese Tarifflucht dem Unternehmen jährlich an zusätzlichem Profit bringen. Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen hätte das langfristig Lohneinbußen von bis zu 4,— DM, Verschlechterungen des Rationalisierungsschutzes und keine Absicherung der Arbeitszeitverkürzung bedeutet.

Jetzt gab die Unternehmensleitung nach: Es wurde ein Firmentarifvertrag auf der Basis der tariflichen Regelungen für die Druckindustrie beschlossen — einschließlich der 38,5-Stunden-Woche.

1. Mai in Hamburg

Knüppel und Tränengas gegen alternativen Block

Zu einem massiven Polizeieinsatz kam es am 1. Mai in Hamburg gegen einen alternativen Block, der von Erwerbslosen-Initiativen initiiert worden ist, an dem sich aber auch Frauen, Ausländer, Kräfte aus dem grün-alternativen und linken Spektrum beteiligten.

Im Vorfeld des 1. Mai hatte der DGB Forderungen von Erwerbsloseninitiativen abgelehnt, die mit einem Block in vorderer Position des Zuges und einem Redner auf der Kundgebung präsent sein wollten. Zugestanden wurde den Erwerbsloseninitiativen lediglich, sich als Block an das Ende der 1.-Mai-Demonstration anzuschließen.

Als die Hamburger 1.-Mai-Demonstration sich mit rund 30000 Kolleginnen und Kollegen in Marsch setzte, formierte sich der alternative Block hinter ca. 500 IG Metallern an der Spitze des Zuges. Die Polizei bildete entlang des Blocks, an dem über 5000 Menschen teilnahmen, ein Spalier. Diese Polizeikette wurde gegen 9.30 Uhr von den Initiativlern gestoppt, um an den überraschten Polizeikräften vorbei einen Lautsprecherwagen in den Zug zu schleusen.

Kurz darauf griffen mehrere Hundertschaften behelmter Polizisten den alternativen Block an, um die Teilnehmer in eine Seitenstraße zu drängen. Ein Einsatzleiter der Polizei laut „taz": „Unsere Aufgabe ist es, diesen Block hier festzuhalten, damit der DGB-Zug vorziehen kann — mehr wollen wir nicht."

Knüppel und Chemical Mace wurden eingesetzt, mindestens 20 Demonstranten wurden verletzt. Aber zahlreiche Gewerkschafter solidarisierten sich mit dem Block gegen den Polizeiangriff. Als der Block nach der 40minütigen Auseinandersetzung weitermarschierte, war er auf 7000 Teilnehmer angewachsen.

Die Quittung folgte auf der Kundgebung, auf der die Rede von Ernst Breit praktisch pausenlos von Pfiffen und lautstarken Protesten begleitet war. Dabei kam es zu kleineren Polizeieinsätzen.

Der alternative Block demonstrierte nach Beendigung der DGB-Kundgebung zu einer eigenen Abschlußkundgebung.

Die starke Solidarisierung mit dem alternativen Block hat offensichtlich DGB- und Polizeiführung in Hamburg gleichermaßen irritiert: wechselseitig schoben sie sich im Nachhinein die Verantwortung für die Auslösung des Polizeieinsatzes zu.



IG Metall/Reutlingen

Aktion „Aufenthaltsberechtigung" zeigt Wirkung

„Möglichst viele der Kollegen, bei denen die Voraussetzungen erfüllt sind, sollen eine Aufenthaltsberechtigung erwerben". Das ist das Ziel der IGM-Aktion „Aufenthaltsberechtigung", die in Reutlingen auf vollen Touren läuft.

Von den insgesamt 3800 ausländischen Beschäftigten in der Metallindustrie des IGM-Bezirks Reutlingen wurden inzwischen 62 Prozent im Hinblick auf die Frage, ob sie die Voraussetzungen für eine Aufenthaltsberechtigung erfüllen, „überprüft". Ergebnis: 86 Prozent erfüllen die Voraussetzungen für die Erteilung der Aufenthaltsberechtigung, aber nur 12 Prozent habensie tatsächlich erteilt bekommen.

Die IGM/Reutlingen weist darauf hin, daß die auf fünf Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis im Falle von Arbeitslosigkeit häufig nicht verlängert wird. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis kann bei Bezug von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe in eine befristete umgewandelt und bei nächster Gelegenheit nicht verlängert werden.

Die Aufenthaltsberechtigung bietet den ausländischen Kolleginnen und Kollegen dagegen eine stärkere Position. Sie ist allerdings auch an striktere Voraussetzungen gebunden als die Aufenthaltserlaubnis: der antragstellende Kollege muß nachweisen, daß er sich seit acht Jahren ununterbrochen in der Bundesrepublik aufhält, daß er eine ausreichend große Wohnung für sich und seine Familie (12 qm pro Person) hat, über eine Arbeitserlaubnis verfügt, daß seine Kinder die Schule besuchen und er über „ausreichende" Deutschkenntnisse verfügt. Dafür ist die Aufenthaltsberechtigung auch anders als die Aufenthaltserlaubnis nicht widerrufbar.

Schwierigkeiten ergeben sich bei der Erteilung der Aufenthaltsberechtigung häufig in der Wohnraumfrage. Die im Heimatland lebenden Kinder, die aber zuzugsberechtigt sind, werden mitgerechnet, so daß oft eine Wohnraumgröße gesetzlich vorgeschrieben wäre, die nicht mehr finanzierbar ist.

Problematisch ist der Nachweis der „ausreichenden Deutschkenntnisse". Die Reutlinger IGM berichtet davon, daß in einigen Fällen, in denen eine schriftliche Sprachprüfung verlangt wurde erfolgreich eingegriffen werden konnte. Die IGM/Reutlingen berichtet auch davon, daß indiskrete und rechtlich unzulässige Fragen nach dem Gesundheitszustand vorgekommen sind. Auch das hätte unterbunden werden können.

Das Ergebnis der IGM-Aktion in Reutlingen kann sich jedenfalls sehen lassen: 400 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung sind in den ersten vier Monaten 1985 gestellt worden. Das sind doppelt so viele wie im ganzen Jahr 1984.

Besonders hervorzuheben: die IGM/Reutlingen berät auch alle Ausländer, die der IG Metall nicht angehören.

Ergebnis der Betriebsversammlung:

Die spinnen, die Amis

Aus „Voran", Betriebszeitung der KPD für die Ford-Kollegen

Nach dem Ergebnis der Betriebsversammlung muß man ja tatsächlich auf diesen Gedanken kommen: Die müssen ja verrückt sein, wenn sie den twin-cam-Motor in Dagenham (England) bauen lassen, so wie es doch (so Betriebsratsvorsitzender W. Kuckelkorn) bei uns viel billiger haben könnten. Bei — sagen wir — tausend Motoren pro Tag würden sie im Jahr ca. 6 Millionen Dollar „sparen", also ca. 18 Millionen DM! Es liegt doch auf der Hand, daß sie da zugreifen müßten. Warum tun sie es nicht?

Robert Lutz ist ein Kenner von Ford Deutschland, England, Ford Europa und USA. Kaum einer kennt die Strukturen in diesem Konzern so genau wie er. Und da soll sich Lutz von billigen Tricks „der Engländer" täuschen lassen??

Die Wirklichkeit sieht anders aus (siehe Info-Kasten „Stimmen die Zahlen?"). Und Lutz, dieser alte Fuchs, weiß genau, was gespielt wird. Er ist der Regisseur. Streut er doch selbst seit ca. 1/2 Jahr regelmäßig Gerüchte über Stillegungen und notwendige Eingriffe (Entlassungen und Stillegungen).

Teile und herrsche (und kassiere)

Für die Ford-Kapitalisten in den USA muß das ja ganz herrlich aussehen, wenn sich die Gewerkschaftsvertreter verschiedener Standorte in die Haare kriegen und sich wie auf einer Auktion gegenseitig unterbieten. Am Ende wird keiner mehr nach Weihnachtsgeldzuschlag fragen, oder nach voller Umsetzung des Tarifs...

... man muß doch kostengünstig sein!

Die Begründung der Einigungsstelle bei der 18-Minuten-Regelung spricht Bände. Da hieß es, wir sollten gegenüber anderen Standorten „kostengünstig" bleiben. Es ging dabei ausdrücklich auch um den twin-cam-Motor.

Die Quittung ist die: Jetzt haben wir die schlechtere Lösung und trotzdem nicht den Motor!

Wir haben keine Wahl

Wir können nur mit gemeinsam Kampf gegen die Macht der Ford-Kapitalisten kämpfen. In allen anderen Fällen ziehen wir den Kürzeren. Da nützt es auch nichts zu fragen „Unterstützen die britischen Arbeiter uns denn auch?"

Selbst, wenn sie es nicht täten, hätten wir keine andere Wahl, als um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen statt zu betteln. Aber immerhin haben gerade die englischen Gewerkschafter auf einer Ford-Gewerkschaftskonferenz vorgeschlagen, gemeinsam um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen, notfalls mit Streiks und Betriebsbesetzungen. Und es waren unsere Gewerkschafter, die das ablehnten und stattdessen die Entlassung von 2400 bis 2500 Angestellten des Europa-Managements forderten.

Diese Anbiederei an die Ford-Kapitalisten in den USA hat uns die Motorenproduktion nicht gesichert.

Für den Vorschlag aber wird Ford-Präsident Petersen dankbar sein. Er sammelt nämlich Arbeitsplätze, die gestrichen werden können.

Was können wir tun?

Für uns, für die Arbeiter und Angestellten bei Ford, gibt es nur eins: Weg von diesem kleinkarierten Konkurrenzdenken gegenüber Arbeitern anderer Standorte. Ford ist zu mächtig, als daß man alleine dagegen ankommen könnte. Bescheid wissen über den Betrieb und die Absichten der Unternehmer, das ist wichtig. Aber bitte nicht in dem Sinne, daß man den besseren und klügeren Unternehmer spielt und damit auch noch Gewerkschaftsgelder in die Pfanne haut. Besinnen wir uns auf unsere gewerkschaftliche Kraft. Man ist doch in der Gewerkschaft, weil man allein gegen den Kapitalisten hilflos ist. Solidarität und gemeinsamer Kampf, das ist unsere Stärke und weil wir kein Kapital besitzen, müssen wir einsetzen, was wir haben:

Unsere Arbeitskraft und die Möglichkeit, diese Arbeitskraft auch zu verweigern. Und es ist doch klar, daß das um so wirksamer ist, wenn das möglichst viele Belegschaften auch anderer Standorte tun. Fangen wir am besten gleich damit an, daß wir keine Überstunden mehr fahren, aber bitte da, wo es weh tut: Im Motorenwerk, in der Scorpio-Produktion, im Werkzeugbau und im Pilot Plant. Dann warten wir mal die Reaktion von Ford ab.

Es ist beruhigend zu wissen, daß der Kollege Malzkorn von der IG-Metall-Ortsverwaltung uns für Kampfmaßnahmen die volle Unterstützung zugesagt hat!

Stimmen die Zahlen?

„Die Engländer manipulieren die Zahlen, wir arbeiten rentabler", heißt es. Ford Europa dagegen sagt, britische Standorte seien günstiger wegen geringerem Lohn und wegen hoher Subventionen. Was stimmt also?

Tatsache ist doch, daß es sich um den Neubau von Produktionsanlagen handeln wird. Die Produktivität in einem neu errichteten Werkteil in Dagenham oder in Niehl ist fast gleich, denn es wird ja nach dem gleichen Produktionsstandard errichtet. Am Ende bleiben da nur noch die Frage nach den Subventionen der jeweiligen Regierung sowie verkaufspolitische Fragen (kann man ausreichend Autos verkaufen in einem Land, in dem gerade ein großes Werk stillgelegt wird??) Hier muß also auch angesetzen, wenn man die Arbeitsplätze wirklich retten will.

Warum jetzt Motoren in Samstagsschichten bauen, wenn man zwei Jahre später den berühmten Tritt in den Hintern bekommen soll?

Und — wenn nötig — ein Vollstreik, der den Kapitaleignern in den USA klarmacht: In Köln ist eine Teilstillegung nicht durchsetzbar.

Das sind die „vernünftigen" Argumente, die Ford USA versteht.

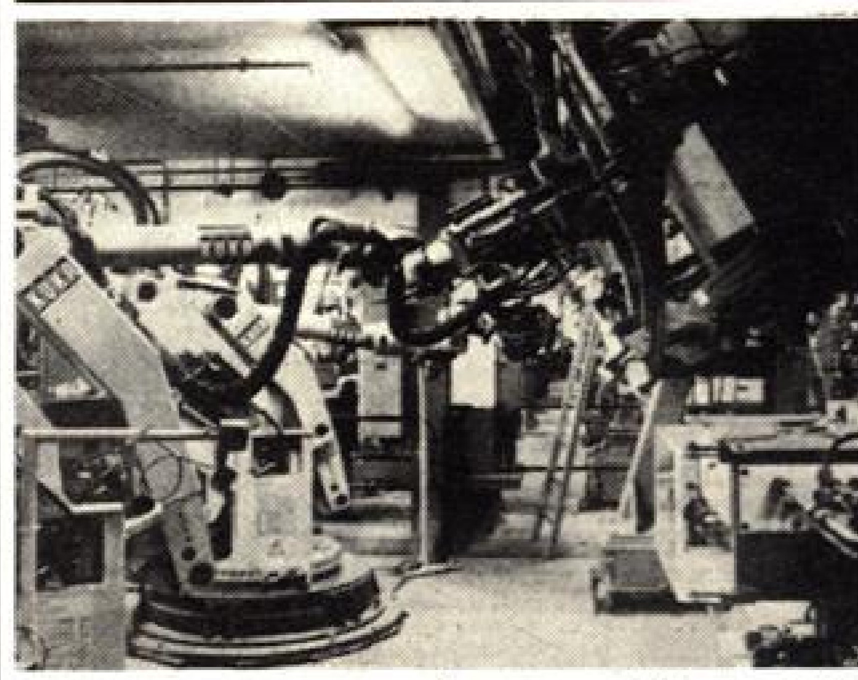
Überproduktion — Ursache und Folgen

Der Konkurrenkampf der Automobilkonzerne wird immer härter. Es gibt kaum noch irgendwo auf der Welt irgendwelche neuen Märkte, auf denen man noch Autos loswerden könnte. Deshalb versuchen alle Konzerne, damit ihren Profit zu erhöhen, daß sie einem anderen Konzern Marktanteile wegnehmen. Es ist sozusagen ein Kampf der Giganten entstanden, eine Art Entscheidungsschlacht, und jeder Konzern möchte in der Lage sein, wesentlich mehr zu produzieren als er zu verkaufen in der Lage ist, denn er möchte ja den Markt der Konkurrenz mitbeliefern. Das sind die sogenannten Überkapazitäten.

Um gegen die „ganz Großen" bestehen zu können, schließen sich verschiedene Automobilkonzerne zusammen, durch gegenseitige Beteiligungen oder Kooperationsverträge. Können dadurch Arbeitsplätze gerettet werden?

Wohl kaum, denn der Sinn dieser Maßnahmen ist, durch Zusammenlegung verschiedener Forschungs- und Produktionseinrichtungen Kosten zu sparen und durch Zusammenschmeißen von Kapital in größere und modernere Neubauten investieren zu können. Das Ziel ist also auch hierbei eindeutig, Arbeitsplätze zu vernichten.

In Wirklichkeit geht es also nicht nur um den twin-cam Motor, sondern es sind viel mehr Arbeitsplätze gefährdet.



Beginnt mit der Basisdemokratie das Chaos?

Aus: Frischer Wind, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg

In der Einigungsstelle erklärte Nadler sein Unverständnis darüber, daß die Belegschaft mitentscheiden soll, ob Sonnabends gearbeitet wird.

„Mit der Basisdemokratie beginnt das Chaos", sagte der damalige stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Karl-Heinz Peters, als der Vertrauenskörper der IG Metall die Einführung des Programmlohns auf der HDW ablehnte. Die Belegschaft sah dies anders. Eineinhalb Jahre später wurde die Peters-Gruppe abgewählt.

Der Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler sprach sich auf der Kantinenversammlung am 19. April ebenfalls gegen die Basisdemokratie aus.

Wenn es nach dem Willen der Mehrheit im Betriebsrat gegangen wäre, dann wäre der faule Verhandlungskompromiß **nicht** der Belegschaft zur Entscheidung vorgelegt worden. Nicht einmal der IG-Metall-Vertrauenskörper sollte über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Eine Handvoll Kollegen im Betriebsrat meint die Weisheit mit Löffeln gefressen zu haben und über die Köpfe der **Betroffenen** hinweg schwerwiegende Entscheidungen treffen zu können.

Der Versuch war richtig!

Bestätigt fühlen sich diese Kollegen durch das Ergebnis der Einigungsstelle. Der Versuch von Vertrauenskörper, Belegschaft und Ortsverwaltung der IG Metall die Niederlage des 1. Verhandlungsergebnisses in ein Unentschieden oder einen Sieg zu verwandeln, ist erfolglos gewesen. Zwar ist auch dort der Sonnabend als Regelarbeitstag verhindert worden, aber durch die provokatorische Haltung des HDW-Vorstandes und die Unterstützung durch den gutbezahlten Einigungsstellenvorsitzenden Dr. Barz sind Verschlechterungen hinzugekommen. Die Möglichkeit zu einer Akkorderhöhung um 2 Prozent ist weg; die zweite Schicht in der Maschinenfabrik soll um 15 Kollegen aufgestockt werden und die Nachtschicht im Werftbereich ist festgeschrieben. Wie die Mehrarbeit geregelt wird, ist noch offen.

Statt 0:3 haben wir 0:4 verloren

Wir **mußten** in die Offensive gehen. Das Aufsaugen der Arbeitszeitverkürzung durch die unbezahlte Frühstückspause, die Weigerung des Vorstandes, eine feste Zusage zur Übernahme von Auslernern und entlassenen HDWlern zu geben, die Möglichkeit der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit und nicht zuletzt die unzureichende Regelung der Überstunden konnte von uns nicht akzeptiert werden.

Wir haben auf Offensive gesetzt, aber sind geschlagen worden. Hatten die Kollegen recht, die gesagt haben

- das Risiko in der Einigungsstelle ist zu hoch
- die Belegschaft wird nicht kämpfen
- der Vorstand und Dr. Barz sind nicht zu beeinflussen?



Das Ergebnis scheint ihnen recht zu geben. **Aber der Schein trügt.**

Es gibt Kollegen — die wissen, wovon sie sprechen —, die sagen, das war alles nur Theater. Auch das Ergebnis der Einigungsstelle stand zumindest für den Ortsvorstand der HDW **von vornherein fest.** Die Verschlechterungen zum 1. Verhandlungsergebnis sind lediglich eine **Bestrafung** für die Belegschaft, weil sie den ausgehandelten faulen Kompromiß nicht akzeptiert hat.

Wir können dies **nicht beweisen,** also behaupten wir es auch nicht. Aber eines behaupten wir: Sowohl das 1. Verhandlungsergebnis, wie auch das Ergebnis der Einigungsstelle sind **ohne einen massiven Druck von Seiten der Belegschaft** ausgehandelt worden. Damit wollen wir **nicht behaupten,** daß **mit** einem massiven Druck durch die Belegschaft **garantiert** ein besseres Ergebnis erreicht worden wäre. Aber **ohne diesen Druck konnte nichts Besseres herauskommen.**

Die Zeiten von einvernehmlichen Lösungen sind endgültig vorbei

Der Kaptialismus, unser System der Marktwirtschaft und des Parlaments sind tief in der Krise. Die Konzerne und Banken können nur noch ihre Maximalprofite sichern, indem sie uns, die Arbeiter und Angestellten, mehr und mehr ausplündern, indem sie den Sozialstaat demontieren, indem sie Milliarden im Ausland anlegen und die Arbeiter anderer Länder ausbeuten und einen Exportkrieg führen und anderen, ausländischen Banken und Konzernen die Märkte abjagen.

Dazu haben sie eine Regierung wählen lassen, die voll und ganz dieses Vorhaben der Unternehmer unterstützt. Faktisch vier Millionen Arbeitslose, neue Armut auf der einen, Superprofite auf der anderen Seite, das ist das Ergebnis dieser Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

Unter diesen Bedingungen bedurfte es eines siebenwöchigen, harten Streikkampfes, um immerhin eine Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2 Stunden durchzusetzen. Aber der Leber-Kompromiß brachte auch zwei ganz gefährliche Einbrüche. Erstens die Möglichkeit zur flexiblen Arbeitszeit und zweitens die Verlagerung der Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche auf die Betriebsräte.

In Betrieben wie der HDW, die **angeblich** keine Superprofite abwerfen und zudem noch in der Hand der Wendepolitiker sind, waren somit die Bedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung **doppelt schwer.**

Während auf allen anderen Werften zumindest die 1 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung ohne größere Kampfmaßnahmen für alle durchgesetzt werden konnten und der Sonnabend als Regelarbeitstag verhindert werden konnte, sollte auf der HDW wieder einmal **ein Beispiel durchexerziert werden. Das Vorgehen der Betriebsratsmehrheit ist gescheitert.**

Insofern gab es tatsächlich eine reale Gefahr, den Sonnabend als Regelarbeitstag einzuführen. Es ist allein der **entschiedenen Ablehnung** der Sonnabendarbeit durch die Belegschaft zu verdanken, daß dieser Einbruch abgewendet wurde.

Das Risiko einer erheblichen Verschlechterung des Betriebsklimas und der Arbeitsmoral wollte der Vorstand nicht eingehen, deshalb der Verzicht auf den Sonnabend. Daß der Sonnabend in der Einigungsstelle überhaupt wieder so eine zentrale Rolle spielen konnte, lag daran, daß die Belegschaft während der Einigungsstelle bewußt besonnen gehalten wurde. Um diesem Wendevorstand aber mehr abzutrotzen, oder genauer gesagt, um zu verhindern, daß Ahlers und Co der Belegschaft **noch mehr aufbürden,** dazu reichte das Vorgehen der Mehrheit des Betriebsrates nicht aus.

Wer glaubt, gemeinsam mit Wieske (der ja auch um seinen Arbeitsplatz fürchtet) und Kaltner gegen den Wendevorstand vorgehen zu können und einvernehmliche Lösungen auf dem Verhandlungswege erreichen zu können, der irrt **und** führt die Belegschaft in die Irre.

Warum wurde denn der Betriebsrat „über den Tisch gezogen"? Weil die Betriebsratsmehrheit selbst dagegen war, daß durch die VK-Leitung, den Vertrauenskörper und die Belegschaft Druck erzeugt wurde. So hat sich der Betriebsrat selbst kastriert. Jedenfalls von dem Zeitpunkt an, an dem der Sonnabend vom Tisch war.

Alle weiteren Aktionen, Kantinenversammlungen, Resolutionen, Delegationen, Überstundenboykott in zwei Meistereien, Betriebsversammlungen und die Freitagsaktion sind durch die VK-Leitung, den Vertrauenskörper und die Belegschaft **selbst organisiert und durchgeführt** worden. Die Mehrheit des Betriebsrats wollte diese Aktionen nicht, hat weitere verhindert oder **zumindest durch Passivität erschwert.**

Deshalb konnte es nicht zu dem Druck aus der Belegschaft kommen, der **die Chance gebracht hätte,** das Ergebnis zu verbessern, aber zumindest eine Verschlechterung zu verhindern.

Wir behaupten nicht, daß die Mehrheit des Betriebsrates schuld sei an dem schlechteren Ergebnis oder gar die Belegschaft verraten hat. **Soweit sind wir nicht.** Schuld sind die Machtverhältnisse in diesem Land. Schuld ist diese Wenderegierung. Schuld ist dieser Vorstand. Aber, ob wir auch nur kleinste Erfolge erringen können, ob wir diese Regierung aus dem Amt jagen können, ob wir eines Tages bestimmen, was in diesem Land geschieht, das hängt davon ab, ob wir alle **endgültig Abschied nehmen von der Hoffnung auf „einvernehmliche Lösungen" mit dem Kapital und seiner Regierung.** Insofern hat sich das Vorgehen der Mehrheit des Betriebsrates als falsch erwiesen. Radikales Reden, Drohgebärden und hartes Verhandeln bringen heute und morgen gar nichts mehr ein.

Die Betroffenen müssen reden

Die Kraft zu Erfolgen liegt allein bei den Betroffenen selbst, den Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden. Wie aber soll diese Kraft wirksam werden, wenn ein Teil der gewählten Vertreter (immer noch oder schon wieder) der Illusion der Sozialpartnerschaft, der „einvernehmlichen Lösungen" anhängt? Wenn sie sich selbst überschätzen und die Belegschaften unterschätzen, ja der Belegschaft durch die Blume das Mißtrauen aussprechen?

So wichtig kluge, mutige, geschulte Funktionäre sind, die **entscheidende Kraft** ist die Belegschaft, sind die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden.

Wer sagt, „keine Basisdemokratie mehr", der verläßt den gewerkschaftlichen Boden und muß sich nicht wundern, wenn er nur noch als Briefmarke durch die Lande zieht. Mit einer geschlossenen Belegschaft im Rücken braucht kein Vertreter der Belegschaft unter der Tür durchrutschen.

Die Zukunft auf der HDW, in der Gewerkschaft, in diesem Land, **unsere** Zukunft hängt davon ab, ob **mehr** Basisdemokratie praktiziert wird, ob die **Betroffenen** wesentlich mitentscheiden, welche Forderungen aufgestellt, wann und wie gekämpft werden soll. Es muß Schluß gemacht werden mit der Arroganz von Stellvertretergewerkschaftern. Deshalb liegt die entscheidende **Aufgabe für die Belegschaft** unserer Meinung nach darin, **sich selbst einzumischen.** Einzumischen in die Arbeit des Betriebsrates, einzumischen in die Gewerkschaftsarbeit.

Die Wahl der Vertrauensleute, die jetzt abläuft, ist eine wichtige Weichenstellung. Der neue Vertrauenskörper, die neue VK-Leitung muß eine feste Verankerung in der Mitgliedschaft und in der Belegschaft haben. Nur dann wird es möglich sein, **die Einheit zwischen Betriebsrat, Vertrauenskörper und Belegschaft endlich herzustellen.** Dann haben wir eine echte Chance zu überleben und unseren Zielen näherzukommen.



Kriegsminister Wörner in Heilbronn

„Ein Wörner schleicht sich nicht"

Sprach's und eilte im Sturmschritt zum Dienstfahrzeug, das ihn zum Hubschrauber brachte. Nach langem Warten war es ihm gelungen, ein Schlupfloch zu finden, um Heilbronn verlassen zu können.

Dem vorausgegangen war der lange angekündigte Besuch Wörners zur Information der Bevölkerung in und um Heilbronn über die Ursachen des Raketenunfalls auf der Waldheide am 11. Januar 1985. Anfänglich war vorgesehen, vor großem Publikum und internationaler Presse die Untersuchungsergebnisse vorzustellen. Dem Kriegsminister und seinen Sicherheitsleuten schien das aber zu heiß. So reduzierte sich das ganze auf den Kreis der Bürgermeister der betroffenen Orte, die Fraktionen des Heilbronner Gemeinderats und der Landtagsabgeordneten. Dieser Kreis schien dem Minister klein genug, um seine Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. Das Volk blieb außen vor — aber nicht untätig!



2000 Demonstranten versammelten sich am 25.4. auf dem Heilbronner Marktplatz

Bereits am frühen Nachmittag des 25.4.85 war der Minister bei seinem Erscheinen von ca. 300 Demonstranten mit Pfiffen und Buh-Rufen empfangen worden. Bis zum Abend sammelten sich über 2000 Menschen vor dem Rathaus. Ein- und Ausgänge waren blockiert. Die Ausführungen von Wörner, US-Heeresminister Ambrose und Oberstleutnant Kremer wurden von einem Höllenspektakel draußen begleitet.

Die vorgetragenen Untersuchungsergebnisse lauten kurz gesagt: Der Unfall erklärt sich als „Phänomen einer bisher nie gekannten Wechselwirkung von Werkstoffen und Geräten". Doch nun wisse man, wie man Ähnliches verhindern könne. Von Farbanstrichen ist die Rede und von verbessertem Erden der Raketenteile beim Montieren: „Und damit haben wir das Problem im Griff." Natürlich bestand für die Bevölkerung nie Gefahr, nach dem Unfall wurde nur noch mit Pappraketen geübt, die zivil-militärische Zusammenarbeit hat geklappt, die Stationierung wird planmäßig mit umgerüsteten Raketen fortgesetzt.

Diese „Neuigkeiten" vom Stapel zu lassen, erwies sich für den Kriegsminister und seine Begleiter als relativ einfach. Wie aber wieder das Rathaus verlassen?

Sprecher von den Grünen, der SPD und der FDP hatten inzwischen die wartende Bevölkerung über die Ausführungen des Ministers informiert. Übereinstimmend sagten sie aus, daß der Widerstand gegen die Raketenbasis Waldheide weitergeführt werden müsse. Gesagt, getan. Die Ein- und Ausfahrten zur Rathaustiefgarage waren bereits blockiert. Ein früherer Versuch der Polizei, sie zu räumen war am Widerstand der Demonstranten gescheitert. Nach offiziellen Angaben waren anfangs 200 Polizisten im Einsatz. Als das Kontingent auf 500 gesteigert war, versuchte man den ersten Ausfall.

Vorsichtig schob sich ein Mercedes mit amerikanischem Kennzeichen aus der Tiefgarage, eskortiert von 20 Polizisten. Im Nu war die Windschutzscheibe von faulen Eiern dekoriert, die Antenne abgeknickt und die gepflegte Äußere des Schlittens erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Die 20 Polizisten gaben ihr Bestes. Im Dreinschlagen. Doch war dies nur ein Ablenkungsmanöver. Im Auto saß nicht wie erwartet der US-Heeresminister, sondern zwei Journalisten. Ambrose hatte in einem Polizeifahrzeug Platz genommen und versuchte sich heimlich vom Platz zu stehlen. Der Versuch mißlang. Demonstranten erkannten ihn und sofort war der Wagen umringt. Zum Schutz des Heeresministers der US-Truppen wurde das Beste aufgeboten, was der bundesdeutsche Staat als Bürgerkriegstruppe zu bieten hat: die GSG-9-Killer. Zwei dieser Typen schlugen brutal Demonstranten zusammen, unterstützt vom Heilbronner Kriminaldirektor Birkle und regulärer Polizei. Der überpflichteifrige Kriminaldirektor ging zwar mehrfach zu Boden und mancher Einsatzbeamte verlor sein Statussymbol, die Schirmmütze. Verhaftungen konnten jedoch nicht verhindert werden und der Heeresminister zog ab. Unter einem Hagel von Eiern schleppten die Einsatzkräfte die Gefangenen zum Rathaus.

Im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters herrschte Ratlosigkeit. Ein neuer Trick wurde versucht. Die Polizei gab bekannt, Wörner habe inzwischen das Rathaus verlassen. Geglaubt hat das aber niemand. „Na, wo ist er, der Kriegsminister", riefen spottend die Belagerer. Die Lage hatte sich bedrohlich zugespitzt. Entsprechend brutal agierte die Polizei. Ein Demonstrant, dem es gelungen war, die Rathaustreppe unbemerkt zu erklimmen, wurde von Polizeibeamten wieder hinuntergestürzt. Wären da nicht massig Polizisten gestanden —, er hätte sich alle Knochen gebrochen. So riß er einige Polizisten zu Boden. Das rettete zwar seine Gesundheit, trug ihm aber eine Verhaftung ein. Insgesamt die fünfte.

Inzwischen war es 20.30 Uhr. Die Hoffnung von Wörner und der Polizei, die Belagerer würden sich zurückziehen, ging nicht in Erfüllung. Der Kriegsminister hatte bereits seine weiteren Abendtermine abgesagt. Nach pausenlosen Einsatzleiterbesprechungen fand die Polizei das Ei des Kolumbus. Ein Seiteneingang zur Hausmeisterwohnung war nicht besetzt. Der Fluchtweg! Jetzt kam es darauf an, die Demonstranten möglichst abzulenken. Polizeikräfte in voller Kampfausrüstung zogen auf, das Tor der Tiefgarage öffnete sich und langsam tauchte der gepanzerte Mercedes des Ministers, eskortiert von den grünen Kampftruppen, aus dem Dunkel auf. Doch dabei blieb es. Nach einer Weile zogen sich die Truppen zurück. Noch wußten die Demonstranten nicht, daß die Flucht des Ministers gelungen war. Begleitet von Feldjägern, dem Oberbürgermeister und einigen Journalisten wurde Wörner durch die dunklen Gänge zur Hausmeisterwohnung geführt. Im engen Treppenhaus wartete die Gruppe, bis per Funkspruch gemeldet wurde, daß in der Nähe ein Wagen bereitstünde. Die Reaktion eines Journalisten: „Na, dann können Sie sich ja schleichen". Darauf der Kriegsminister: „Ein Wörner schleicht sich nicht." Sprach's und eilte im Sturmschritt zum Dienstfahrzeug, das ihn zum Hubschrauber brachte.

Rache der CDU

An den Tagen nach dem Wörner-Besuch bekamen die Demonstranten die Rache der CDU zu spüren. Es bedurfte sicher nicht einer besonderen Weisung von den Bonner Hardhöhe um die Heilbronner CDU-Seilschaft zum Großangriff auf die Demonstranten zu bewegen. Waren sie doch selbst „tätlichen" Angriffen ausgesetzt.

Stadtrat und Landtagsabgeordneter Stechele, der im Heilbronner Ratskeller der Belagerung des Rathauses standhielt, erschien kurz vor der Flucht Wörners in sichtlich angetrunkenem Zustand und entsprechener Alkoholfahne auf dem Marktplatz. Offensichtlich verwechselte er die Kundgebung mit einer CDU-Wahlveranstaltung. Sein Versuch, zur Rede anzuheben, blieb aber in Ansätzen stecken und eiligst zog er sich im Schutz der Polizei in den Ratskeller zurück. CDU-Bürgermeister Weinmann ging es nicht besser. Als er vor dem Rathaus auftauchte, um den Versammelten mitzuteilen, daß sich der Minister verkrümelt hatte, erreichte ein faules Ei sein Ziel. Auch Weinmann zog sich, verfolgt von Demonstranten, in den Ratskeller zurück. Aber er blieb seinem Vorbild Wörner treu und entwich ebenfalls durch einen Hinterausgang.

Die Gemeinderatssitzung am nächsten Tag war dann auch Auftakt für ihren Rachefeldzug. Grüne, SPD und der DGB wurden angegriffen, die Emotionen geschürt zu haben. Es wurde ihnen vorgeworfen, die Friedensbewegung „laufe ihnen aus dem Ruder". Besonders heftig waren die Angriffe auf den DGB. Ein Jugendfunktionär habe mit einem DGB-Megaphon zum Angriff auf den Wagen des Heeresminister Ambrose aufgerufen. Konsequenzen werden gefordert.

Inzwischen auch gegen. Von seinem Arbeitsplatz weg wurde am Dienstag, den 30. April, ein Demonstrant von sechs Zivis verhaftet und zu einer umfangreichen ED-Behandlung und zum Verhör abgeführt. Es scheint die Absicht des Heilbronner Staatsschutzes zu sein, mit drastischen Methoden seine Aktivitäten zu unterstreichen und einen „Carlos von Heilbronn" aufzubauen, der dann der Reaktion zum Fraß vorgeworfen wird.

Für die kommende Bürgerversammlung (Unterrichtung der Bürger über Wörner-Vortrag) werden von der CDU große Sicherheitsmaßnahmen gefordert. Ausweiskontrolle, Durchsuchung beim Eintritt, ausreichend Polizeikräfte und Ordnerdienste etc.

PERSHING-UNFALL
Untersuchungskommission rüttelt an den Grundfesten der Physik

Manfred Wörner und das mit ihm eingeflogene Team setzten in der vier Stunden währenden Veranstaltung darauf, bestehende Zweifel an ihren Aussagen durch Betonung des „wissenschaftlichen Charakters" der Untersuchung zurückzudrängen. Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie war der fakten- und detailreiche Vortrag des Untersuchungsberichtes durch den „Pershing-Experten" Kremer. Dieser sollte eventuell vorhandene Reste gesunden Menschenverstandes bei den Anwesenden einschläfern. Die Tatsache, daß selbst der nichtssagende Videofilm über den Unfallhergang (am 25.4. um 23.00 Uhr auch im Dritten Programm gesendet), sowie ein ebenso informativer „Comic-Strip" (siehe unten) von dem Publikum nicht durch Lachstürme unterbrochen wurden, spricht ebenso wie die Reaktion der Presse für einen Erfolg dieser Taktik.

Die Ergebnisse der Untersuchung:

Das was Oberleutnant Kremer im Kern vorzuweisen hatte, ist nüchtern betrachtet denkbar wenig: Für den Unfall machte er einen reibelektrischen Effekt zwischen dem Kunststoff der Motor-Ummantelung und dem Motorbehälter verantwortlich. Die entstandene Spannung habe dann zu einer Entladung im Innern des Brennstoffes geführt, die eine Zündung nach sich gezogen habe. Seinen Angaben zufolge ist bei diesem Prozeß eine Spannung in der Höhe von 85000 Volt entstanden und ein Energiebetrag von 380 Millijoule freigeworden.

Ebenfalls seinen Angaben zufolge hat man in den Tests die Raketen Blitzschlägen mit Spannungen im Megavoltbereich (Millionen Volt) und entsprechend höheren Energien ausgesetzt, ohne daß es zu einer Zündung gekommen wäre. Wissenschaftler bestätigen, daß bei dieser Art von Brennstoff mindestens eine Energie von 8 Joule benötigt wird, um zu einer Zündung zu gelangen. Aus diesen Verhältnissen erklärt sich auch, warum es der Kommission bis heute nicht gelang, das Unglück — auch unter genau gleichen Umweltbedingungen — zu simulieren. Daß Herr Kremer dennoch in der Lage war, seine Erklärung zu liefern, erhöht nur die wissenschaftliche Leistung. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß für gewöhnlich gut unterrichtete Kreise bereits kurze Zeit nach der Informationsveranstaltung mit der Meldung aufzuwarten wußten, Oberstleutnant Kremer sei mit seiner „unglücklichen-Verkettung-äußerst-unwahrscheinlicher-Einzelereignisse-Theorie" in die engere Wahl für den diesjährigen Nobelpreis der Physik aufgenommen worden. (Aus: Heilbronner freie Presse 5/85)

Wörner klärt Weinmann auf

Manfred Weinmann, Oberbürgermeister des Stationierungsortes Heilbronn, zeigte sich nach Beendigung der Wörner-Veranstaltung in einem Interview mit dem Südfunk am Abend „tief beeindruckt von der Fülle der Informationen" und der „Wissenschaftlichkeit" der Darbietung. Auf welchem Wissensstand man sich befinden muß, um zu diesem Schluß gelangen zu können, läßt der folgende Ausschnitt aus einem Gespräch des Südwestfunkes (SWF I) mit Manfred Weinmann am 31.1.85 erahnen:

OB Weinmann: Keine Gefahr in dieser Beziehung.

Reporter: Wissen Sie, Herr Oberbürgermeister Weinmann, daß auf der Waldheide bei Heilbronn der Atomsprengkopf W 85 für die Pershing II lagert?

OB Weinmann: Mir sind diese Fachausdrücke nicht geläufig; das tut mir leid.

Reporter: Wissen Sie, Herr Oberbürgermeister Weinmann, daß auf der Waldheide der Atomsprengkopf W 50 für die Pershing la lagert?

OB Weinmann: Also, ich weiß das nicht. Das hör' ich - ich hab' auch schon gelesen, daß das so drin sein soll, aber mir kann niemand eine Bestatigung geben.

Reporter: Ja, wieso wissen Sie das nicht? Sie werden doch sicher nachgefragt haben auch bei den Amerikanern was lagert auf dem Stadtgebiet der Stadt, deren OB ich bin.

OB Weinmann: Natürlich hab' ich gefragt. Da sind Raketen, militärische Einrichtungen. Wir dürfen nichts darüber sagen.

Reporter: Wie weit, Herr Oberbürgermeister, war denn die Unfallstelle von den QRA-Stellungen entfernt?

OB Weinmann: Was sind QRA-Stellungen?

Reporter: Das sind Alarmbereitschaftstellungen, wo Raketen bestückt sind mit atomaren Sprengköpfen.

OB Weinmann: Sehen Sie, da wissen Sie mehr als ich. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, da droben sollen Raketen sein. Ich hab' sie schon gesehen. Aber daß hier mit Atomköpfen bestückte Raketen sind, das weiß ich nicht. Ich kann dazu nichts sagen. Es ist durchaus möglich, daß das auch da droben ist und deswegen eben möchte ich wissen, was ist alles da oben und was ist gefährlich und was muß weg.

Original-Wortlaut des am 31.1.85 über SWF 1 gesendeten Interviews.

Aus: Heilbronner freie presse 5/85

Aachener Linke gegen Remers Neonazis

(Korrespondenz)

Ernst-Otto Remer, Ex-Nazi-General und Organisator des SS-Treffens in Nesselwang, hatte die Aktion der Neonazis in Aachen gegenüber dem Redakteur Joachim Krischka in aller Offenheit angekündigt: Remer habe seine Absicht geäußert, die zentrale DGB-Demonstration zum 40. Jahrestag der Befreiung auf dem Vorplatz des Aachener Marktes mit faschistischen Jugendlichen anzugreifen.

Der Rat der Stadt Aachen antwortete darauf mit einer einstimmig beschlossenen Erklärung (Mehrheit im Rat: CDU), in der es u.a. heißt: „Im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus drücken die drei Fraktionen im Rat der Stadt Aachen einstimmig ihren Abscheu und ihre Empörung über das Auftreten neofaschistischer Gruppierungen in Aachen aus." Und: „Der Rat der Stadt Aachen weiß sich mit der Aachener Bevölkerung einig, daß es für neofaschistische Kräfte in unserer Stadt keinen Platz gibt..."

Als diese Erklärung gedruckt wurde, waren die Neonazis allerdings bereits über Frechen zum Aachener Stadtteil Laorensberg angereist und hatten ihre Zelte illegal, aber ohne irgendeine Behinderung durch die Aachener Behörden, an der Schloß-Rahe-Str. aufgebaut. In der gleichen Nacht noch wurden in der Zeppelinstr. und umliegendem Gewerbegebiet Plakate der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei Michael Kühnens) illegal auf Werbetafeln geklebt. Diese Plakate trugen die positive Version von „Ausländer raus", nämlich: „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer".

Für Samstag hatten sich viele Aachener die Teilnahme an den Demonstrationen in Köln und zum Weltwirtschaftsgipfel in Bonn vorgenommen. Sie beschlossen jetzt, als sich zeigte, daß die Neonazis schon an diesem 4. Mai in Aachen demonstrieren wollten, zu einem Großteil, sich an den anstehenden Aktionen gegen die Nazis zu beteiligen. Nachts wurden schon Wachen aufgestellt, an Geschäftsstellen von Ausländervereinen, an linken Buchläden und Parteibüros. Motorradstreifen und linke Streifenwagen fuhren Wachen in den Straßen.

Die ersten Neonazis trafen wir am Samstag morgen, kurz nach 9.00 Uhr. Sie zogen mit acht Männern im Alter zwischen 18 und 21 Jahren bekleidet mit Fallschirmspringerstiefeln der Bundeswehr, Wetterjacken, mit Kurzschnitt oder Skinheads durch die Vaalsastraße und steckten ein FAP-Flugblatt — ein Handzettel — Kapitulation feiern, nein danke! — unter Autoscheibenwischer und in Hausbriefkästen. Der Aachener Polizei wurde der FAP-Trupp gemeldet, sie ist jedoch nicht aktiv geworden.

Aus anderen Stadtteilen kamen die Berichte, daß dort auch Nazi-Trupps ihr Material verteilten. Die FAP versuchte also offensichtlich, ihr Material zur Wahlunterstützung des FAP-Kandidaten Stefan Lochen flächendeckend in Aachener Randbezirken und in der Innenstadt zu verteilen.

Inzwischen hielt sich die Polizei mit starken Kräften am Aachener Markt auf. Sie hatte den Markt am historischen Postwagen neben dem Rathaus abgeriegelt. Während die Demonstration dort stehenblieb und einige mit den „lieben" Polizisten diskutierten, zerrte eine Kette aus Polizeibeamten den Rückweg ab.

Die Einsatzleitung hatte scheinbar vor, den Markt für die mittlerweile 200 Demonstranten zu sperren. Das hieß, die Nazis würden dort ein schönes Podium haben. „Wir müssen beweglich bleiben", sagte jemand. Endlich ließ sich die Demo-Leitung überzeugen, und es ging zur Adam-Kuckhoff-Buchhandlung. Wir erwarteten dort einen Aufmarsch der Nazis. Es geschah nichts und so beschlossen wir, wieder zum Markt zu gehen.

Als wir dort warteten, kam die Nachricht, daß eine Nazigruppe randalierend die Pondstraße hochmarschiert sei. Die Demonstration setzte sich wieder in Bewegung. Gerade hatten sie sich noch stark gefühlt, jetzt entfernten sich die Neonazis fluchtartig und suchten Schutz in den Mauern des TH-Gebäudes. Vor dem Hauptgebäude zogen 200 Demonstranten auf und riefen: „Nazis raus aus Aachen!" Der Eingang wurde von Polizeikräften abgesperrt. Im Inneren saßen 20 junge Neonazis. Sie sollen vor den Antifaschisten so viel Angst gehabt haben, daß sie verlangten, die Polizei solle sie in Schutzhaft nehmen. In diesem Augenblick trat der Rektor der TH Aachen, Prof. Ohlenbusch auf. Er sagte, die Hochschule sei ein Ort der politischen Diskussion, nicht der politischen Gewalt, es sei eine Gruppe in die TH eingedrungen, und er werde von seinem Hausrecht Gebrauch machen, so diese Gruppe wieder zu entfernen." Danach wurden die Neonazis, unter ihnen zwei Frauen, von jeweils zwei Bundesgrenzschützern in Kampfanzügen aus dem Gebäude gebracht und in Mannschaftswagen in Polizeipräsidium in der Soers gebracht.

Die schwachen Kräfte der SPD...

Etwas später gingen Berichte ein, daß eine Gruppe von Neonazis in der Pondstraße einen SPD-Stand zur Wahl abgeräumt und die Wahlhelfer der SPD angegriffen habe. Die SPD hat sofort Polizeihilfe angefordert. Auf diese Hilfe mußte sehr lange gewartet werden. Die SPD hatte an diesem Tag 14 Stände zu den Wahlen in der Stadt und sie führte noch zusätzlich ein Kinderfest durch. Eine Mobilisierung zur antifaschistischen Demonstration hat die Aachener SPD an diesem Tag nicht geleistet. Die SPD beruft sich darauf, daß sie auch nicht so viele Mitglieder habe, daß sie neben der normalen Wahlwerbung noch Aktive aufbringen könne, die an solchen Demonstrationen teilgenommen hätten, seien das ja meist auch SPD-Mitglieder und dann sei die SPD also vertreten gewesen.

und die Bedenken der Grünen

Die Grünen hatten nicht aufgerufen, statt nach Bonn zu fahren, in Aachen zu bleiben und die antifaschistischen Aktivitäten zu unterstützen. Auch im Reihen im Rat der Stadt war Erstaunliches zu hören. Sie hatten sich längere Zeit überlegen müssen, ob sie der später mit den grünen Stimmen beschlossenen Erklärung des Rates, daß der Rat das Auftreten der Nazis mit Abscheu sieht und für sie in Aachen kein Platz ist, zustimmen sollten. Bei ihrer anfänglichen Weigerung sahen sie Gefahren für die freie Meinungsäußerung und für die freie politische Betätigung, wenn der Aachener Rat sich mit dieser Erklärung gegen die Nazis stellt. Es verwundert auch nicht, daß aus den Reihen der Grünen und ihres Umfeldes Stimmen gegen die antifaschistische Demonstration zu hören waren, der Vorwurf der blinden Gewalttätigkeit und die falsche Forderung erhoben wurde, den Schutz der Stadt vor Nazis der Polizei allein zu überlassen.

Inzwischen saßen 30 Nazis in Polizeihaft. Von unseren war noch niemand festgenommen. Die Zahl der Neonazis war uns zu dem Zeitpunkt nicht bekannt. Wir schätzen sie auf etwas über 100. Wir hatten erfahren, daß sie im Restaurant „Zur Flotte" am Adalbert-Stein-Weg in der Nähe des Gerichtes, mit ihren Kadern sich trafen und versprengten Teilen ihrer Nazi-Gruppen neue Informationen gaben. Bei uns wurde überlegt, ob wir zum Bahnhof gehen sollten, um dort ankommende Nazi-Truppen zu empfangen.

In diesem Augenblick traf die Meldung ein, daß eine Gruppe von Neonazis sich in der Nähe des Marktes, im Geschäftseingang von Sport-Molack, breit machte. Die Nazis dieser zweiten Gruppe waren kurz nach einer ersten Gruppe eingetroffen. Es war also kein Gerücht gewesen, daß sich mehrere ihrer Gruppen auf dem Markt treffen wollten. Daß sie sich dort nicht nur trafen, um herumzustehen, sondern dort ihre Kundgebung vor dem Rathaus abzuhalten, war damit deutlich geworden.

Für die Demonstranten hieß das: „Es geht wieder los". Das Transparent und 20, 30 Antifaschisten standen schon in Armlänge vor den Neonazis. Die standen breitbeinig, z.T. mit erhobenen Fäusten, im Wehrsportgruppendress und trugen auch alte Landsermützen aus dem 3. Reich. Sie waren so jung, daß sie erst wenige Jahre politische Interessen haben konnten. Wer hat sie ausgerüstet? Wer hat sie geschult? Wer hat sie dazu erzogen, uns zu hassen und vor uns Angst zu haben? Wer hat ihnen gesagt, daß sie hier und heute ihren Mut als Nationalisten auf den Straßen Aachens beweisen können?

„Nazis raus aus Aachen!"

Unsere stimmten die Losung an: „Nazis raus aus Aachen!" Wir taten einen Schritt vor. Die Nazis, die nur zu 8 oder 10 Leuten da standen und sahen, wie wir auf 40, 50 und mehr Leute anwuchsen, taten einen Schritt zurück. Wir taten wieder einen Schritt vor. Sie einen zurück. Das ging schneller und schneller, bis die Neonazis fluchtartig und völlig aufgelöst hinter dem Aachener Rathaus zum Restaurant „Apfelbaum" rannten. Hinter ihnen Polizei und Antifaschisten. Aus der Richtung Markt kam Polizei zum Apfelbaum. Es gab Festnahmen. 5 junge Faschisten waren dabei.

Die Polizei konnte sich leider auch einen Antifaschisten greifen. Der Polizist, der ihn festnahm, würgte ihn brutal mit dem Schlagstock. Eine Demonstrantin, die am roten Kreuz als Sani-Helferin zu erkennen war, wurde festgenommen, als sie den Würgegriff lösen wollte. Aus unseren Reihen wurde noch eine dritte Person festgenommen.

Am „Apfelbaum" kam es durch die Festnahmen zu einem Menschenauflauf. Immer mehr sammelten sich, bis die Polizeibeamten, die mit den Festgenommenen an der Hauswand des Restaurant Apfelbaum standen, eingeschlossen waren. Das Transparent wurde ausgerollt. Parolen wurden gerufen. „Wir fordern von der Polizei, laßt die Antifaschisten frei!" Zwischen Demonstranten und Polizei kam es zu heftigen Wortwechseln. Als ein Polizist nervös wurde und sich ein Handgemenge entwickelte, bei dem die Festnahme einer der linken Demonstranten drohte, wurde gerufen: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!" Es kam aber vor dem Apfelbaum zu keinen weiteren Festnahmen. Von Passanten kamen gute Reaktionen. Nur vereinzelt hörte man eine Stimme für die Nazis.

Die Polizei hatte schon andere Beweise ihres Könnens vorgeführt. Die Nazis waren mit 5 Mann vor der Wohnung eines Antifaschisten der DKP angerückt und hatten Parolen geschmiert und ihre Plakätchen angeklebt. Da sie Aktionen gegen bestimmte Personen der Antifa- und Friedensbewegung in Aachen langfristig angekündigt hatten, war dieser Hauseingang bewacht. Die beiden Wachen haben, so gut sie konnten, den Eingang verteidigt. Polizei, die gerufen wurde, hat die beiden Antifaschisten festgenommen und die Nazis laufen lassen.

Die Zahl der Festgenommenen betrug um die Mittagszeit 38—40. Den Nazis reichten diese Zahlen noch nicht. Sie sammelten sich am Aachener Waldfriedhof und machten sich an den Gräbern zu schaffen. Auf einem Teil sind die Opfer und die Toten des antifaschistischen Widerstands begraben. Nach einem Hinweis nahm die Polizei 20 Neonazis fest und schaffte auch sie in die Soers.

Für den Abend wurden Verstärkungen für die Nazis durch flämische Faschisten erwartet. Sie waren mit 120 Leuten nach Aachen gekommen und hatten noch 60 Leute, die nicht in Haft waren. Mit Verstärkung aus Belgien würden sie den Plan eines Fackelzuges durch Aachen ausführen können. Die Antifa-Kräfte verabredeten sich für abends auf dem Aachener Markt.

Dort hieß es, die Neonazis seien unter Polizeischutz zu ihren Zelten gefahren worden. Sie hätten ihre Zelte abbrechen und Aachen verlassen müssen. Konnten sie nicht umkehren und wieder in Aachen einreisen? Unsere Wachen für die Nacht wurden eingeteilt und eine Verabredung für den Sonntagvormittag auf dem Markt getroffen. Abends und nachts blieb es ruhig. Aus Belgien kam niemand. Der Fackelzug fiel also aus.

Pläne der Neonazis vereitelt

Die ca. 250 Antifaschisten hatten den Plan der Neonazis, in einer Arbeiterstadt in NRW demonstrativ aufzutreten, ihren Plan, der zentralen Kundgebung des DGB zum 8. Mai ihre nationalistische Trauerfeier entgegenzusetzen, vereitelt.

Großen Anteil an der Mobilisierung für diese antifaschistische Demonstration in Aachen hatten alle fortschrittlichen Organisationen links von der SPD. Sie waren bis auf die Autonomen und die Grünen, die nur schwach vertreten waren, weil sie in der Hauptsache nach Bonn fuhren, nach Kräften am Kampf gegen die Neonazis beteiligt. Die Genossinnen und Genossen der KPD in Aachen verteilten zusammen mit anderen das KPD-Flugblatt zum Verbot der FAP und der anderen faschistischen Organisationen. Es fand bei Demonstranten und Passanten reißenden Absatz.

Termine

„FRANKFURTER APPELL"

Das nächste Treffen des bundesweiten Koordinationsausschusses des „Frankfurter Appells" findet am 17./18. Mai statt. Alle interessierten Initiativen, Vereine, Organisationen sind herzlich eingeladen.
Thema: Perspektiven weiterer bundesweiter Zusammenarbeit
Ort: Frankfurt-Sachsenhausen, Affentorplatz, Bürgerzentrum Affentorhaus, Beginn: 13.00 Uhr

ZENTRALER FRIEDENSTREFF DER KPD

Datum: 1. Juni, Ort: Dortmund, Beginn: 11.00 Uhr, Ende gegen 18.00 Uhr. Bitte anmelden, Vorbereitungsmaterial wird dann zugeschickt.
Eingeladen sind alle interessierten Genossinnen und Genossen, die in der Friedensbewegung engagiert sind. Themen, die diskutiert werden sollen: Situation in der Friedensbewegung nach den Herbstaktivitäten und den Aktionen am 4. Mai; Arbeit der KPD in der Friedensbewegung (möglichst mit euren Berichten aus den Orten); wie können unsere friedenspolitischen Vorstellungen in der Friedensbewegung mehr politisches und organisatorisches Gewicht bekommen; Herbstaktivitäten.
Das Treffen soll auch der Vorbereitung des nächsten bundesweiten Treffens der Friedensbewegung in Köln dienen.

„GROSSER RATSCHLAG"

Der nächste „Große Ratschlag" der Friedensbewegung findet am 16./17. 6. '85 in Köln statt. Das Treffen soll vor allem der inhaltlichen Diskussion über die weitere Politik der Friedensbewegung dienen.
Arbeitsgruppen sind bis jetzt zu folgenden Themen vorgesehen: Genfer Verhandlungen; Westeuropäische Union; Atomwaffensperrvertrag; Haushaltsberatungen '85; Weltraumrüstung SDI; Zivilschutzgesetz; „Kommunalisierung" der Friedensbewegung, Bunkerbau u.ä.; Mittelstreckenwaffen; „Sicherheitspartnerschaft"; Europa und „3. Welt".

Schweden

80000 Ausgesperrte

Seit dem vergangenen Donnerstag gibt es im öffentlichen Dienst Schwedens Streiks. Mit diesem Arbeitskampf wollen die Angestellten des öffentlichen Dienstes ihre Forderung nach 3,1 Prozent mehr Gehalt durchsetzen. Es begann mit der Arbeitsniederlegung von rund 20000 Staatsbediensteten in Schlüsselpositionen. Große Teile des Luftverkehrs und der Schiffahrt in Schweden wurden lahmgelegt.

Die sozialdemokratische Regierung Schwedens — der öffentliche „Arbeitgeber" — will den Beschäftigten nur 2 Prozent Lohnerhöhung zugestehen. Und in klassischer Kapitalistenmanier antwortet die Regierung auf die Streiks. Mit Aussperrung. Die Regierung hat angekündigt, von Samstag, dem 11. Mai 80000 Bedienstete auszusperren. Von dieser Maßnahme wären unter anderem auch 55000 Lehrer betroffen.

Brasilien

Streikwelle

Seit fast vier Wochen streiken die Arbeiter der metallverarbeitenden Industrie in Sao Paulo. Die Metallarbeiter fordern unter anderem eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, sowie eine vierteljährliche Lohnanpassung an die Lebenshaltungskosten. Diese Anpassungsforderung steht auch auf dem Forderungskatalog des Flugpersonals. In Rio und Sao Paulo lagen deswegen die Flughäfen tagelang still. Die Löhne und Gehälter wurden bislang alle sechs Monate an die Inflation angepaßt. Bei einer momentanen Inflationsrate von 225 Prozent jährlich, ist die Frist für die Anpassungen einfach zu lang.

In Sao Paulo hat die Polizei in eine Blockadeaktion von Busfahrern eingegriffen, die Streikbrecher am Besteigen der Busse hindern wollte. 130 Busfahrer sollen dabei von der Polizei festgenommen worden sein. Die ausgedehnten Streikmaßnahmen haben weite Teile der brasilianischen Wirtschaft lahmgelegt.

Bolivien

Hungerstreik

Sieben Führer bolivianischer Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind in den Hungerstreik getreten, um gegen die Lohnkürzungen für den 16tägigen Streik im März zu protestieren. Die Gewerkschafter kündigten in der Hauptstadt La Paz an, die 70000 Mitglieder ihrer Organisation schlössen sich dem Hungerstreik an, wenn Staatspräsident Siles Zuazo den für die Streikdauer eingehaltenen Lohn nicht freigebe.

Reagans Handelsembargo

Nicaragua beugt sich nicht

Das in Bonn verkündete Handelsembargo der USA gegen Nicaragua ist nicht nur bei allen Gegen- und Protestveranstaltungen zum Weltwirtschaftsgipfel scharf angegriffen worden. Bis weit in die Reihen der Bündnispartner des US-Imperialismus wird die Maßnahme kritisch gesehen.

Von nicaraguanischer Seite wurde in den ersten Stellungnahmen immer wieder die drohende Verschärfung der wirtschaftlichen Lage Nicaraguas beschworen. Entgegen einigen Kommentatoren, die den Handel zwischen USA und Nicaragua als klein und unbedeutend abtun, und von daher mehr von einem „symbolischen" Akt („Süddeutsche Zeitung") sprechen, sieht man in Managua schon ernsthaftere Probleme auf das Land zukommen.

Der stellvertretende Präsident Nicaraguas, Segio Ramirez, bat in einer Rede am Wochenende um Hilfe für sein Land, stellte aber auch klar, daß das US-Embargo nicht dazu führen werde, daß sich die Politik der sandinistischen Regierung, nämlich Verteidigung und Konsolidierung der Revolution und der Kampf für Unabhängigkeit und Frieden ändern werde.

Weltweit ist das US-Embargo auf Kritik und Ablehnung gestoßen. Kanada hat ganz offiziell mitgeteilt, daß es sich daran nicht beteiligen werde, viele südamerikanische Staaten haben entschieden protestiert und sich an die Seite Nicaraguas gestellt. Selbst die mittelamerikanischen Staaten — die für die wirksame Durchführung einer wirklichen handelspolitischen Blockade wichtig wären — haben sich noch nicht einhellig für Reagans Politik ausgesprochen.

Bleibt noch die Bundesrepublik. Auf dem Gipfel gab es ja kein Wort zum US-Boykott, aber „am Rande" erklärte Außenminister Genscher, sowas wie ein Handelsboykott sei kein taugliches Mittel der Politik. Als klare Distanzierung kann man das nun wirklich nicht betrachten, ist Bonn doch ganz lange voll auf dem Destabilisierungskurs der USA. Nicht zuletzt die Nichtauszahlung von zugesagten 40 Millionen Mark Entwicklungshilfe an Nicaragua sind Beweis dafür. So muß die große Empörung über den letzten Schritt der US-Regierung, wie sich in den verschiedensten Protesten der letzten Tage ausgedrückt hat, dazu ausgenutzt werden, die Bundesregierung zu zwingen, ihre schon lange durchgehaltene Blockadepolitik gegenüber Nicaragua aufzugeben. Jetzt erst Recht:

Sofortige Auszahlung der zugesagten 40 Millionen Mark Entwicklungshilfe für Nicaragua!

Gegen NATO und Reagan

Massenprotest in Spanien

Nach seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik flog Ronald Reagan zu einem Besuch nach Spanien. Dort laufen in diesen Tagen die größten westeuropäischen Protestaktionen gegen die NATO und die US-Basen. Schon am Sonntag, einen Tag vor Reagans Eintreffen, gingen in ganz Spanien rund eine Million Menschen auf die Straße.

„ÓTAN no — bases fuera", NATO nein — Basen raus, das ist die Hauptforderung der extrem starken spanischen Massenbewegung gegen die NATO. Die breiten Proteste in Spanien gegen den Reagan-Besuch sind aber auch begründet in den immer noch lebendigen Vorwürfen gegen den US-Imperialismus, die die Franco-Diktatur so lange am Leben erhielt.

Die spanische Regierung steht unter mächtigem Druck dieser Bewegung. Einerseits mit den westeuropäischen Staaten und den USA zusammenarbeitend, steht immer noch das Versprechen im Raum, eine Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft durchzuführen. Das wäre bei der starken Anti-NATO-Stimmung im Lande praktisch der erste Schritt des NATO-Austritts.

Die spanische Anti-NATO-Bewegung hat angekündigt, Reagan *„so zu empfangen, wie er es verdient"*. Und Millionen Flugblätter gab es, die zur Demonstration am 5. Mai aufriefen: *„Reagan go home, NATO nein — Basen raus, Neutralität"*. Unter diesen Losungen kam es in Madrid und in mindestens 50 weiteren Städten am Sonntag zu Aktionen. Und während des Besuchs gehen die Aktionen weiter. Zahlreiche Stadtparlamente, Gewerkschaftssektionen erklärten Reagan zur „persona non grata" — zur unerwünschten Person. Dreihundert Prominente aus Kultur, Politik und Wissenschaft protestierten in großen Zeitungsanzeigen gegen den Besuch und für Montag abend sollen auf Anregung der Arbeiter- und Stadtteilkommissionen um 22 Uhr in ganz Spanien alle Lichter ausgehen und mit allen nur möglichen Lärminstrumenten der Protest gegen den Reagan-Besuch ausgedrückt werden. Am Dienstag wird Reagan von den Uni-Vollversammlungen von Madrid, Barcelona und Zaragoza zum Doktor *„horroris causa"* zum Doktor des Schreckens ernannt werden. Schließlich soll am Mittwoch ein großes Fest des Jubels und der Freude über die Abreise des Präsidenten auf der Madrider Plaza Mayor stattfinden. Diese Tage sind in Spanien nicht nur für den US-Präsidenten schwer, auch die spanische Regierung Felipe Gonzales' und die Oberherren der NATO haben es bei dieser Massenbewegung nicht leicht.





Eine der vielen Anti-NATO-Demonstrationen in Spanien. Archivbild



Am 1. Mai in Gdańsk

Während und nach dem 1. Mai

Protestwelle in Polen

Die polnische Opposition hat sich in Form der verbotenen Gewerkschaftsorganisation Solidarność am 1. Mai und danach wieder lautstark zu Wort gemeldet. Mit oppositionellen Blöcken und teilweise mit Gegendemonstrationen traten die Anhänger der Solidarność am 1. Mai auf.

In Warschau, Gdańsk und im Krakauer Industrievorort Nowa-Huta kam es zu größeren Aktionen der Solidarność. Überall ging die Polizei scharf gegen die oppositionellen Arbeiter vor. Es kam teilweise zu regelrechten Straßenschlachten. Die vielen Festgenommenen wurden in Schnellverfahren abgeurteilt. Bislang sind folgende Urteile bekanntgeworden. Der Gewerkschafter Stanislaw Hanzlik wurde wegen Teilnehme an der Demonstration in Nowa-Huta mit drei Monaten Gefängnis bestraft. Hanzlik gehört zu dem im Untergrund arbeitenden Ausschuß für diese Industrieregion der verbotenen Gewerkschaft Solidarność. Weitere 35 Gewerkschafter, die mit Hanzlik in Nowa-Huta festgenommen wurden, erhielten Geldstrafen von 15000 bis 18000 Zloty, was sehr viel ist, 110 bis 130 Dollar nach momentanem Kurs.

Zu ebenfalls drei Monaten Gefängnis waren schon in der letzten Woche Jacek Kuron und Seweryn Jaworski verurteilt worden. Auch diese prominenten Sprecher der Bürgerrechts- und Gewerkschaftsbewegung erhielten die Strafen fürs Demonstrieren am 1. Mai.

Gewaltsame Polizeieinsätze gab es auch am vergangenen Freitag, als ein Warschau und Krakau Tausende von Demonstranten auf die Straße gingen. Diese Protestveranstaltungen fanden aus Anlaß des Jahrestages der Verfassung Polens von 1791 statt. Mit Knüppeleinsätzen ging in Warschau die Polizei gegen rund 6000 Menschen vor. Wie in Krakau, wo 7000 demonstrierten, gab es auch hier viele Festnahmen. Sogar ein ARD-Fernsehteam, das filmen wollte, war unter den Festgenommenen. Bei diesen Demonstrationen wurden immer wieder Transparente und Schilder der „Solidarność" getragen.

Wie explosiv die Lage ist, zeigt die Reaktion der Herrschenden auf das Aufflammen der Protestbewegung. Die regimetreue *„Patriotische Bewegung zur Nationalen Wiedergeburg"* hat die Regierung vor der Gefahr einer sozialen Explosion gewarnt. Diese Organisation, die nach der Ausrufung des Kriegsrechts 1981 geschaffen worden ist, betont in einem Artikel der regierungsoffiziellen Zeitung *„Rzeszpospolita"* die Einstellung der polnischen Gesellschaft sei *„besorgniserregend"*. Der Kreis der Arbeiter, die Lohnforderungen geltend machten, wachse ständig. Insbesondere die Jugendlichen sähen *„nicht die geringsten Chancen"* für eine künftige Besserung ihrer Lage. Die Bevölkerung reagiere *„überhaupt nicht mehr"* auf die Funktionsweise des öffentlichen Lebens.

Selbst Regierungssprecher Jerzy Urban sprach von einer *„sehr gespannten"* sozialen Lage. Derzeit gebe es landesweit zahlreiche Arbeitskämpfe, die aber nicht als *„wilde Streiks"* eingestuft werden könnten.



In Warschau am Jahrestag der polnischen Verfassung von 1791

Pfeifkonzert gegen Heiner Geißler

Korrespondenz aus Dortmund

„Das, was der hier geredet hat, sollte er mal im Fernsehen sagen", meinte ein Zuschauer im Anschluß an Heiner Geißlers Wahlkampfauftritt auf dem Alten Markt in Dortmund am 6. Mai. In der Tat. Hier in Dortmund präsentierte sich nicht der auf Dialog getrimmte Frauenheld der letzten Wochen, sondern Heiner Geißler, wie man ihn von früher kennt, blindwütig hetzend gegen alles, was der CDU nicht in den Kram paßt. Und das ist im SPD-allein-regierten NRW im Moment natürlich vor allem die SPD.

Und so zieht Geißler vom Leder — gegen die SPD, die behaupte, Amerika, England, Frankreich **und** die Sowjetunion hätten 1945 Deutschland befreit. Wogegen er die sog. Vertreibungsverbrechen beschwört und erklärt, daß das Vermächtnis des 8. Mai erst erfüllt sei, wenn die Menschen in Osteuropa von der totalitären Herrschaft befreit seien, die sich in nichts von der Diktatur der Nationalsozialisten mit ihren Konzentrationslagern unterscheide. Geißler



wetterte gegen die SPD-Lüge von der „neuen Armut": „Eine neue Armut gibt es nicht." Er hetzt gegen den WDR: „Glauben Sie bloß nicht alles, was Sie im Westdeutschen Rundfunk hören." Er klagt die Schulpolitik der SPD des „Verbrechens" an, daß Kommunisten als Lehrer zugelassen würden usw. usf. „Der Faschismus ist besiegt", sagt Geißler. „Die Gefahr, die heute der Freiheit und der Demokratie drohen, ist die Anbiederungspolitik der SPD gegenüber der Sowjetunion, gegenüber den Kommunisten."

Das meiste von dem, was Geißler eine Stunde lang redet, geht allerdings im ohrenbetäubenden Pfeifkonzert der Demonstranten unter, die sich zu Hunderten auf dem Alten Markt eingefunden haben. Darunter erfreulich viele Frauen. Ihr Kommentar zur „neuen" Frauenpolitik der CDU und ihrem Erfinder: „Geißler heißt er, uns Frauen bescheißt er."

Nicht nur Blumen — Rechte fordern wir!

Aufruf zur „Aktion Muttertag '85"

Auch in diesem Jahr werden Frauen aus der gesamten Bundesrepublik in Bonn wieder „Putz machen" — am Samstag, den 18.5.85. Wir veröffentlichen im folgenden die Forderungen aus dem Aufruf für die „Aktion Muttertag '85". Alle Leserinnen des Roten Morgen sind aufgerufen, sich zahlreich zu beteiligen.

Wir fordern:

- *Stopp und Zurücknahme der Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik und Europa! Schluß mit dem Rüstungswahnsinn und Verzicht auf alle atomaren, chemischen und konventionellen Waffen im Weltraum und auf der Erde! Schluß mit der militärischen Verplanung von Frauen und Männern! Vollständige Abrüstung in Ost und West! Einseitige Abrüstungsinitiativen von seiten der Bundesregierung!*
- *Menschen- und umweltfreundliche Produktionsweisen und Produkte!*
- *Keine Weiterentwicklung von neuen Technologien, wenn deren schädliche Wirkung für Menschen und Natur absehbar ist. Dies gilt insbesondere für Gen- und Reproduktionstechnik!*
- *Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung!*
- *Zurücknahme aller Einschränkungen bei der BAFöG-Förderung! Keine Frauendiskriminierung in Lehrbüchern!*
- *Kein Abbau von Frauenarbeitsschutz, sondern bessere Gesundheitsvorsorge und menschliche Arbeitsbedingungen für alle!*
- *Tarifvertraglich und sozialrechtlich abgesicherte Arbeitsverhältnisse statt Flexibilisierung und Individualisierung! Verbot von Teleheimarbeit.*
- *Radikale tägliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und als Voraussetzung für eine gleichmäßige Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Mann und Frau!*
- *Maßnahmen und Förderungspläne, die den Frauenanteil auf alle Ebenen in Wirtschaft, öffentlichem Dienst und Politik, Wissenschaft und Forschung erhöhen; Quotierung bei Ausbildungsstellen, Neueinstellungen und Beförderungen; die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen muß von ihrer Erfüllung abhängig gemacht werden!*
- *Erhöhung der Pflichtquote zur Einstellung von Behinderten auf 10 Prozent, geschlechtlich quotiert, Ausgleichsabgabe der Arbeitgeber in Höhe eines durchschnittlichen Lohnes!*
- *Qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Mädchen, berufliche Frauenförderungsprogramme (z. B. Wiedereingliederung für Erwerbslose und Hausfrauen)!*
- *Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!*
- *Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Erziehung!*
- *Ausreichendes Kindergeld für jedes Kind und drei Jahre Elternfreistellung mit Arbeitsplatzgarantie und vollem Lohnausgleich!*
- *Ausreichende, wohnungsnahe, qualifizierte öffentliche Einrichtung für Kinder zum Nulltarif!*
- *Unschädliche, kostenlose Verhütungsmittel für Mann und Frau; Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch, Selbstbestimmungsrecht der Frau beim Schwangerschaftsabbruch; Beibehaltung von Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein; unabhängige und freiwillige Beratung statt Beratungszwang; flächendeckendes Netz ambulanter und stationärer Abbrucheinrichtungen!*
- *Keine Diskriminierung von Homosexuellen und Lesben, für eine selbstbestimmte Sexualität!*
- *Sexuelle Gewalt muß in Ehe, Familie und Öffentlichkeit strafbar sein!*
- *Ein Bundesgesetz zur Finanzierung aller Frauenhäuser; finanzielle Förderung selbstverwalteter Frauenprojekte!*
- *Einrichtung von Leitstellen zur Gleichstellung der Frau!*
- *Keine Verschlechterung des Scheidungsfolgenrechts!*
- *Aufhebung des Ehegattensplittings, statt dessen Individualbesteuerung bei Einkommen und Lohnsteuer. Gleichstellung aller Lebensformen!*
- *Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung und eine eigenständige Alterssicherung für jede Frau!*
- *Selbstbestimmte Lebensführung im Alter, hierzu Förderung von Alternativen zu Alten- und Pflegeheimen, Schutz vor Zwangseinweisungen, existenzsichernde Mindestrente!*
- *Gleiche Rechte für ausländische Frauen, eigenständiges Aufenthaltsrecht und eigenständige Arbeitserlaubnis!*
- *Gründung eines internationalen UNO-Frauenfriedenszentrums in Genf und eines Frauenbüros auf Regierungsebene anläßlich der Weltfrauenkonferenz in Nairobi zum Ende der UNO-Frauendekade!*

Wir wollen zeigen, daß wir die frauenfeindliche Politik der Wenderegierung und jede frauenfeindliche Politik, wo immer sie uns begegnet, nicht mehr hinnehmen!

Setzen wir uns zur Wehr! Unüberhörbar, unübersehbar in unseren Wohnorten am Muttertag und am 18. Mai machen wir bundesweit Putz in Bonn!

Trägerinnen: Susanne Dahrendorf, Bonn, Petra Drohsel, Bonn, Heike Fischer, Hamburg, Marie Gerber, Köln, Eva Görgens, Köln, Silvia Hebisch, Hamburg, Irma Herrmann, Bielefeld, Mechthild Jansen, Köln, Gisela Kessler, Stuttgart, Brigitte Kiechle, Karlsruhe, Hildegard Klimmeck, Berlin, Marie-Theres Knäpper, Bonn, Marianne Konze, Gelsenkirchen, Sabine Lüdicke, Bonn, Lisette Milde, Bergisch Gladbach, Kerstin Mörsch, Weilerswist, Roswitha Möller, Bonn, Kirsten Möller-Lehnen, Bonn, Uschi Pausch-Gruber, Weisendorf, Ingrid Petersen-Buggisch, Hamburg, Gabi Riedl, Bochum, Karin Roth, Frankfurt, Astrid Smolka, Köln, Christa Springe, Mainz, Christina Thomas, Bielefeld, Christina Vocke, Dortmund, Melitta Walter, Freiburg, Erna Zmyda-Schamper, Erkrath.

KPD-SEMINAR

Frauen und Familie im Sozialismus

Termin: 1./2. Juni
Thema: „Frauen und Familie im Sozialismus" Nach dem Einstieg in die Diskussion auf dem letzten Frauenseminar waren wir uns ganz schnell einig, daß wir da ein ganzes Wochenende brauchen. Der Unkostenbeitrag liegt bei ca. 30,— DM.
Anreise: Samstag, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag 14.00 Uhr
Anmeldungen: Ab sofort bei der Frauenabteilung der KPD

Frauen in Nicaragua

Eine Broschüre aus der Schweiz zum Thema



Die Broschüre informiert über die Situation der Frauen in Nicaragua, über den Frauenverband, über neue Gesetze. Vor allem aber will die Broschüre über die im Juli 1983 eingerichtete Rechtsberatungsstelle für Frauen in Nicaragua „Oficina Legal de la Mujer" informieren und zeigen, daß es mehr braucht als die Befreiung vom Imperialismus und neue Gesetze, um Gleichberechtigung und Freiheit für die Frauen zu erreichen. Um mehr Frauen als bisher über ihre Rechte aufklären und unterstützen zu können, ist das Frauenrechtshilfebüro in Managua übrigens auf internationale Unterstützung angewiesen.

Spendenkonto: 976728, Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 33050000

Die Broschüre ist zu beziehen über: Edition Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal 1.



Demonstration

18.5.85 — 10.00 Uhr Beginn in Bonn-Endenich
Demonstration durch die Stadt, Ende gegen 16.00 Uhr

Ein bißchen von allem...

An Forderungen ist in dem diesjährigen Aufruf für die „Aktion Muttertag" weiß Gott kein Mangel. Besser im Sinne von kämpferischer ist er dadurch im Vergleich zum Vorjahr allerdings nicht geworden.

Ein Erfolg ist sicher, daß diesmal die im letzten Jahr so heiß umstrittene Forderung nach der Streichung des § 218 aufgenommen wurde. Ansonsten hat die klare Frontstellung vom letzten Jahr gegen die Bonner Wendepolitik eher gelitten.

Warum z.B. ist in diesem Jahr nicht mehr vom Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die Rede, sondern stattdessen von „radikaler täglicher Arbeitszeitverkürzung"? Immerhin gibt es doch genug Gewerkschafterinnen im Trägerinnenkreis, die wissen müssen, daß es jetzt darauf ankommt, die Weichen dafür zu stellen, daß der Kampf für die 35 1986 weitergeht.

Warum z. B. so eine vage Formulierung wie die nach „tarifvertraglich und sozialrechtlich abgesicherten Arbeitsverhältnissen statt Flexibilisierung und Individualisierung"? Warum keine eindeutige und klare Stellungnahme gegen das am 1. Mai in Kraft getretene sog. Beschäftigungsförderungsgesetz?

Oder die Forderung nach „drei Jahre Elternfreistellung mit Arbeitsplatzgarantie und vollem Lohnausgleich". Nichts gegen die Forderung. Aber der aktuelle Streit geht um Heiner Geißlers Gesetzentwurf. Warum wird dazu nicht Stellung genommen?

Hoffentlich sagen die Frauen am 18.5. etwas unverblümter ihre Meinung als die Trägerinnen in ihrem Aufruf!

Zum Abschluß der „Halbzeit-Debatte“:

Frisierte Bilanzen ...

Die SPD hat, zur Untermauerung ihrer Argumentation im Bundestag, vor kurzem, im Rahmen der allgemeinen Debatte über die Halbzeit der Regierung Kohl ein ganzes Buch herausgebracht. Dort nehmen als Autoren eine Reihe von Bundestagsabgeordneten und führenden Sozialdemokraten wie Willy Brandt, Anke Fuchs, Björn Engholm und Volker Hauff aus SPD-Sicht Stellung zu Kohls Bilanz.

Zum Abschluß unserer Betrachtungen im Roten Morgen über die zwei (und einhalb) Jahre Kohl-Regierung befassen wir uns ausführlich mit den in diesem Buch vertretenen Auffassungen, weil sie unserer Meinung nach, deutlicher noch als die Beiträge in der Bundestagsdebatte, die sozialdemokratische Position klarmachen.

Dabei beschränken wir uns aus der Gesamtdarstellung auf die Bereiche der Außenpolitik und Rüstungspolitik, die Finanz- und die Sozialpolitik. Das sind, in dem Buch wie in der Debatte im Bundestag, auch die Schwerpunkte in der Bilanz, die die SPD zieht.

Das Jahr null?

Bereits zu Beginn des ersten Artikels „Kurswechsel in der Nord-Süd-Politik“ (verfaßt von Uwe Holtz, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit) kommt eine der Grundtendenzen dieses Buches, wie auch der gesamten Oppositionspolitik der SPD, deutlich zum Vorschein. Holtz schreibt:

„Die von der CDU/CSU und der FDP getragene Bundesregierung hat in der Nord-Süd-Politik einen negativen Kurswechsel vollzogen, und zwar von einer auf Solidarität und Interessenausgleich angelegten Politik zu einer auf eigene Vorteile und Positionsgewinne in der Systemauseinandersetzung bedachten Politik. Heute wird die Dritte-Welt-Politik viel stärker als in der Vergangenheit politisch und wirtschaftlich konditioniert.“ (Seite 17)

So verficht Holtz also die These, zu Zeiten der SPD/FDP-Regierung habe die „Nord-Süd“-Politik einen anderen Charakter getragen als heute.

Nun ist die Liste von Ereignissen, die sich als Tatsachen gegen diese Behauptung anführen lassen, ausgesprochen lang.

Da ließe sich die Unterstützung der amerikanischen Aggression gegen Vietnam ebenso anführen wie das Verbot palästinensischer Organisationen auf bundesdeutschem Boden 1972, die langjährigen Beziehungen zum Rassistenregime in Südafrika wie die zu den verschiedensten Militärdiktaturen in Lateinamerika — und ganz besonders die Unterstützung der türkischen Junta 1980 und danach.

So wundert es nicht, daß Holtz in seinem Artikel keine konkreten Argumente vorbringt, sondern sich auf Behauptungen einerseits und diesbezügliche Finanzpolitik andererseits beschränkt.

„Die Wende kam schon 1981“ — so schrieben wir im Roten Morgen 13/85 bezüglich der Nicaragua-Politik der Bundesregierung, gestützt auf die Untersuchung zweier Wissenschaftler, deren Untersuchungsauftrag von der Carl-Duisberg-Gesellschaft kurzfristig zurückgezogen worden war. Damals war die Blockade bereits zugesagter Hilfsmittel bzw. Gelder die hauptsächliche Methode, mit der diese Wende vollzogen wurde, heute, bei der konservativen Regierung sieht dies insofern anders aus, als einerseits erst gar keine Zusagen gemacht werden, sondern Frontstellung bezogen. Und, andererseits, wie Holtz durchaus richtig feststellt:

„Der konservative Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Jürgen Warnke funktioniert die Entwicklungspolitik, wie keiner seiner Vorgänger der sozial-liberalen Koalition in eine Hilfe für die bundesdeutsche Exportwirtschaft um und stellt sie in den Dienst ordnungspolitischer Vorstellungen ...“ (S. 18)

Wie keiner seiner Vorgänger — dies ist sicher richtig, was das Ausmaß betrifft. Auch was die offene politische Begründung betrifft. Und genau insofern ist es auch eine andere, offen reaktionäre Stoßrichtung, die in diesem Bereich ausdrücklich eingeschlagen wird. Aber zu behaupten, wie Holtz es tut, daß es sich gerade auf diesem Feld um eine qualitative Wende handele — das kann nur geschehen, wenn man sich vor einer Auseinandersetzung um konkrete Tatsachen herum drückt und sich stattdessen auf Nebenschauplätze begibt (wie die Rücknahme einer norwegischen Kinderfibel zur Entwicklungshilfe durch Warnke, die er ausführlich beschreibt. Ein Indiz für eine andere politische Gewichtung, sicherlich, aber nicht für eine Wende in der realen Politik).

Diese Herangehensweise, die gleich am Anfang so sehr deutlich wird, zieht sich in allen Beiträgen des Buches durch. Nicht immer so keulenhaft und eindeutig wie bei Holtz, der seinen Artikel sofort mit der eingangs zitierten Aussage beginnt, auch nicht immer so deutlich an den Tatsachen, die die sozial-liberale Regierung schuf vorbei, aber von der grundlegenden Stoßrichtung her ein durchgängiges Merkmal dieser Bilanz der SPD: Ganz schön frisiert...

Verzerrte Optik?

Dieser Herangehensweise folgt auch Karsten Voigt in seinem Artikel „Die Wende in der Außen- und Abrüstungspolitik“ (dem zweiten Artikel des Sammelbandes). Originalton Voigt:

„Die Mehrheit der SPD unterstützte auf ihrem Berliner Parteitag Ende 1979 das mit dem NATO-Doppelbeschluß verbundene rüstungskontrollpolitische Konzept, weil die Sowjetunion bis dahin nicht zum Stop ihrer SS-20 Rüstung zu bewegen war. (...) Die SPD räumte dem Verhandlungsteil im NATO-Doppelbeschluß den politischen Vorrang vor der Stationierung neuer US-Raketen ein.“ (S. 33)

Da sollen in einem Absatz anscheinend gleich drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Zum einen wird schamhaft über die lebhaften innerparteilichen Debatten in der SPD zu dieser Frage hinweggegangen, so getan, als habe es nicht das Problem für die Parteiführung gegeben, daß ihre politische Haltung auf immer deutlicheren Widerspruch in den Reihen der eigenen Partei traf, die aus diesen Auseinandersetzungen hervorgegangenen Parteiverfahren gegen Hansen, Coppik und Anhänger elegant überspielt. Eine Betrachtung dieser Debatte täte not nicht als Selbstzweck, sondern daraus würde sehr schnell deutlich, daß die Behauptung Voigts zum Vorrang der Verhandlungen so eindeutig nicht festzustellen sein wird. Dies soll hier festgehalten werden, ohne groß darauf einzugehen, was von solchen Verhandlungen, was von der Politik die gerne als Rüstungskontrolle bezeichnet wird denn wirklich zu halten ist. Und drittens wird hier, trotz der angeschlagenen kritischen Töne zur gleichen Zeit auch der NATO-Grundkonsens eingeübt: Die sowjetische Rüstung sei nämlich eben und zwang damals zum „Nachrüsten“. Daß es — auch von Sozialdemokraten — zu Hauf Material gibt, die diese US-amerikanische These eindeutig widerlegen, darum kümmert sich Voigt nicht, kann er nicht, weil sonst seine Absicht, grundsätzliche Ferne der Regierungspolitik von Schmidt und Kohl herauszuarbeiten nicht erfüllt werden könnte.

So macht Voigt in seinen Ausführungen einerseits das, was wir bereits im ersten Abschnitt bei Holtz festgestellt haben, er tut so, als sei vorher alles ganz anders gewesen. Voigt aber geht noch weiter, profiliert seine Partei auch in der Kritik noch als weiterhin regierungsfähig, stimmt sie doch im Grundkonsens überein.

Dies wird nochmals deutlich wenn Voigt gegen Ende seines Artikels auf den Rüstungsexport zu sprechen kommt:

„Auch in der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung hat die Wende begonnen. Bundeskanzler Kohl hat mit Saudi-Arabien eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit in die Wege geleitet. Dies ist ein Bruch mit der Politik der sozialliberalen Koalition, die ihre verteidigungspolitische Zusammenarbeit auf die Mitgliedsstaaten der NATO beschränkte.“ (S. 40)

Hier soll nicht groß darauf eingegangen werden, wie viele Tatsachen es gibt, die dagegen sprechen, daß die SPD-Regierung tatsächlich eine solche Beschränkung praktiziert hätte noch soll bezweifelt werden, daß etwa die Veränderung des Rüstungswirtschaftskontroll-Gesetzes eine deutliche Veränderung bedeutet. Hier soll unterstrichen werden, daß Voigt solchen Forderungen aus der Friedensbewegung wie der Abschaffung von Rüstungsexport schlechthin eine glatte Absage erteilt, indem er ihn als selbstverständlich darstellt.



Das Buch: Herausgegeben von Günter Verheugen und Karsten Schröder, Verlag Kiepenheuer und Witsch, Reihe Kiwi-pocket, April 85, 288 Seiten, 12,80 DM

Akrobatenschwünge

Zwei Artikel in dem Sammelband befassen sich mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hajo Hoffmann, Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages, befaßt sich in „Zwei Jahre nach der Wende: Finanzielle Weichenstellungen mit Explosivstoff“ vor allem mit der mittelfristigen Finanzplanung, dort aber schwerpunktmäßig mit der Frage der Arbeitslosigkeit (die an anderer Stelle stets nur am Rande auftaucht, nirgends als eigenständige Frage behandelt wird). Und Anke Fuchs, Exministerin, schreibt über den „Sozialstaat in Unordnung“.

Dabei gibt es zu den verschiedenen Bereichen natürlich interessante Informationen und serienweise zutreffende Kritiken an der Politik der konservativen Bundesregierung. So schreibt Hoffmann:

„Der Finanzplan des Bundes geht in seinem Planungszeitraum bis 1988 von einer jährlichen Zunahme der beschäftigten Arbeitnehmer von einem halben Prozent aus. Hinter dieser Kennziffer versteckt sich, daß die Bundesregierung mittelfristig von einer Arbeitslosenzahl von über 2 Millionen Menschen (offiziell registriert) ausgeht.“ (S. 62)

Solcherart kritische Hinweise gibt es in verschiedenen Artikeln des Buches immer wieder, weshalb es auch vom Standpunkt aus, Informationen zu bekommen durchaus lesenswert erscheinen mag. Aber natürlich, auch diese Informationen sind gefiltert, wie das folgende Zitat von Anke Fuchs klarmacht:

„Zum Ende der sozial-liberalen Koalition waren es von den Arbeitslosen noch 54 Prozent, die Arbeitslosengeld und 18 Prozent, die die niedrigere Arbeitslosenhilfe erhielten. Nach knapp zwei Jahren Wende (August 84) waren es nur noch 35 Prozent, die Arbeitslosengeld erhielten und der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger stieg von 18 auf 27 Prozent. Jeder dritte Arbeitslose erhält gar nichts. Gleichzeitig stiegen aber die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 1982 netto (!) um 8 Prozent und 1983 sogar um 13 Prozent.“ (Seite 78).

Auch hier das Muster: Jahr null. Verschwiegen wird, daß es solche Dinge wie die Verschärfung der Zumutbarkeitsklauseln — als ein Beispiel — eben schon unter der Schmidt-Regierung gab. Nebenbei zu erwähnen, daß die anklagend genannten Einkommenssteigerungen um 8 Prozent für die Reichen im Jahr 1982 auch mit dreiviertel Jahr SPD/FDP-Regierung zustande gekommen sind, die sich ja auch ernsthaft bemüht hatte, den Forderungen der Kapitalisten Rechnung zu tragen, nur dazu nicht in der gewünschten Weise in der Lage war.

Mit der Art und Weise der Darstellung kommt Anke Fuchs dann recht leicht zu der abschließenden Feststellung:

„Die Wende in der Sozialpolitik ist schneller und härter gekommen als viele befürchtet hatten. Sie hat inzwischen einen Punkt erreicht, der mit dem sozialstaatlichen Verfassungsauftrag kaum noch zu vereinbaren ist.“ (S. 87)

So sehr das Verschweigen eigener SPD-Regierungspolitik gerade in diesem Bereich nur noch mit akrobatischen Übungen zu vollziehen ist, so sehr ist andererseits an der geäußerten Kritik gerade hier viel Substanz.

Dabei sei dahin gestellt, ob es zutrifft, wenn beide, sowohl Hoffmann als auch Fuchs, behaupten, die Wende sei schneller und härter gekommen als viele befürchtet hätten — aber dies ist ohnehin eine Behauptung, die kaum beweisbar sein dürfte.

Der sozialstaatliche Verfassungsauftrag, den die führenden SPD-Politiker hier gefährdet sehen — auch das mag gründlich bezweifelt werden dürfen, ob dies Kern dieser bürgerlichen Verfassung ist. Aber auch eine solche grundlegende theoretische Auseinandersetzung um die Staatstheorie der SPD ist hier nicht Gegenstand.

Was stimmt, ist die Feststellung, daß es sich bei den reihenweisen unsozialen Maßnahmen dieser Bundesregierung um mehr handelt als um Beschneidungen und Kürzungen, daß es sich darum dreht, das gesamte System der sozialen Sicherung nach und nach zu beseitigen — mag es dieses soziale Sicherungssystem war, das weitgehend zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft und der werktätigen Bevölkerung geführt hat, wie sie in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen war.

Anke Fuchs faßt in ihrem Beitrag die sozialdemokratische Alternative angesichts dieser Entwicklung zusammen, wie sie in verschiedenen Vorstößen seit Kohls Regierungsübernahme vorgetragen worden war:

„Krisen und Massenarbeitslosigkeit können nur dann wirksam bekämpft werden, wenn Wirtschafts-, Finanz-, Geld-, Struktur-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik zu einer beschäftigungsorientierten Gesamtstrategie zusammengefaßt werden. (...) Dabei sind folgende Schritte vordringlich: 1. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosig-

keit hat oberste Priorität. (...) Mit einem Aufwand von 1,5 Milliarden DM für ein Sofortprogramm könnten rund 50000 zusätzliche Ausbildungsplätze und hunderttausend Arbeitsplätze für Jugendliche geschaffen werden. (...) Zu recht wird sich die junge Generation fragen, warum 3 Milliarden DM im Jahr zur Subventionierung der Großbauern notwendig, 1,5 Milliarden DM zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aber zu viel sind." (Seite 83)

Ohne Zweifel: Die Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm, das als Ausgangspunkt der hier dargestellten Überlegungen betrachtet werden kann, ist in der Gewerkschaftsbewegung stark verbreitet und sicherlich auch ein Kampfziel im Widerstand gegen kapitalistische Krisenpolitik.

Zwei Fragen aber sind es vor allem, die im Zusammenhang mit dieser Darstellung rasch auftreten, auf die Anke Fuchs in ihrem Beitrag sich scheut, Antwort zu geben.

So wird, am auffallendsten, in der gesamten Lehrstellenfrage, die Unternehmerschaft völlig ausgeklammert, sie taucht gar nicht auf, als ob sie nichts damit zu tun hätte (oder höchstens auf Bundeszuschüsse für Lehrlingsbeschäftigung warte). Diese Bundesregierung erfüllt doch mit ihren Maßnahmen — statt Sofortprogramme der Abbau der sogenannten ausbildungshemmenden Vorschriften — gerade die grundsätzliche der gesamten Unternehmerverbände. Das wird auch daran deutlich, wenn als agitatorische Alternative ausgerechnet gerade hier die Subventionierung der Großbauern angeführt wird, von den Geldern für die Finanzkapitalisten aber kein Wort fällt. Ein Vergleich, der sicher der Sache nach stimmt, sich, politisch betrachtet, aber doch fast in sein Gegenteil verkehrt, weil der eigentliche Gewinner, das Großkapital, verschwiegen wird.

Zweitens ist auffallend, daß alle Bestrebungen, wie sie etwa aus der Gewerkschaftsjugend oder linken Jugendverbänden kommen, wie nach einem Lehrstellengesetz oder nach Ausbildungspflicht — wie im einzelnen sie auch immer zu bewerten sein mögen — hier gar nicht auftauchen. Der Grund, diese Vermutung dürfte nicht allzu kühn sein, liegt darin, daß diese Forderungen sich gegen das Kapital richten und keineswegs in erster Linie darauf abzielen, finanzielle Anreize für Kapitalisten zu schaffen, wie es beispielsweise gerade im SPD-regierten NRW so stark gemacht wird.

Frau Fuchs bemüht für ihre Darstellung auch die Geschichte: *„Immerhin hat das Zukunftsinvestitionsprogramm mit 20 Milliarden DM maßgeblich dazu beigetragen, daß zwischen 1976 und 1980 über eine Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden konnten."* (S. 84)

Da könnte man schon innerhalb der SPD einen Streit um die Zahl erwarten — die DGB-Führung jedenfalls schätzt diesen Effekt wesentlich geringer ein. Aber das ist nicht die Hauptfrage. Abgesehen davon, daß keiner weiß, wieviele der so „geschaffenen Arbeitsplätze" eigentlich wie lange bestanden, gibt es dazu zwei Anmerkungen: Erstens sind dabei auch und in nicht geringem Maße Rationalisierungsprogramme gefördert worden, die anderswo zum Abbau von Arbeitsplätzen führten. Zweitens handelte es sich beim „ZIP" um ein Programm, das nahezu klassisch nur darauf orientiert war, den Kapitalisten Anreize zu verschaffen (was sie damals stark zu vorgezogenen Investitionen nutzten, was sie heute so nicht mehr wollen) mit keinerlei politischen Maßnahmen verbunden, die die Geschäfte des Kapitals mit der Arbeitslosigkeit wirklich hätten — wenigstens etwas — stören und damit Milderung verschaffen können.

Noch eine Bilanz

Abschließend bleibt festzustellen, daß in diesem Buch, wie auch in der Bundestagsdebatte in der Tat auch eine Bilanz von zwei Jahren Oppositionspolitik der SPD gezogen wird. Und auch da bleibt Raum für eine Spekulation: Keine linke Profilierung wie befürchtet oder erhofft wurde, je nach Standpunkt.

Die anhand der Betrachtung der aufgeführten Beiträge festgestellten Grundaussagen sind für das gesamte wie für die gesamte Politik maßgebend. Die „Jahr-null"-Haltung, vor der Wende sei sozusagen fast alles optimal, menschenfreundlich usw. gelaufen, erscheint als Grundsatz. Das Festhalten an den Eckpfeilern der bürgerlichen Politik in der BRD ebenfalls. Die aufgezeigten Alternativen zu den richtig kritisierten Zuständen zerschellen bereits weitgehend am aktuellen „Unwillen" der Kapitalisten, eine solche Politik mitzumachen. Die in der politischen Debatte in den Gewerkschaften und auf der Linken sich herausbildenden politischen Alternativen werden — zumindest von Parteiführung und Bundestagsfraktion als real entscheidende Parteigremien — verschwiegen. Auf dieser Grundlage können auch die Kritiken an Kohls Kurs nicht wirklich in die Tiefe gehen, bleibt es eine frisierte Bilanz, die da gezogen wird. Das Buch: Lesenswert für die, die sich näher mit sozialdemokratischer Politik auseinandersetzen müssen.

erbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Leichter Nachweis

In diesem Artikel wird nachgewiesen, daß die Auffassungen der MLPD über die kapitalistische Krise in wesentlichen Punkten mit dem Marxismus nicht vereinbar sind. Es ist nicht sonderlich schwer, diesen Nachweis zu führen: Denn wenn Willi Dickhut etwa das raschere Wachsen des konstanten Kapitals (im Verhältnis zum variablen Kapital) vorwiegend auf Schranken der Konsumtion zurückführt, dann läßt sich natürlich unschwer feststellen, daß eine solche „Analyse" mit Marxismus nichts gemein hat.

So ganz nebenbei unterschiebt der RM dann auch Stalin eine „revisionistische Krisentheorie" (ohne Stalin zu zitieren, versteht sich). Stalin soll nach dem 2. Weltkrieg „keinerlei Entwicklungsmöglichkeiten für den Kapitalismus mehr" gesehen haben. Diesem „Irrtum" Stalins habe die „Theorie" zugrunde gelegen, „die alle Probleme der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus letztlich auf die Marktfrage reduzierte und den Markt im wesentlichen mit der individuellen Konsumtion der Massen gleichsetzte".

Was hat Stalin wirklich gesagt?

Bereits 1927 hatte er erklärt, „daß das Problem der Märkte jetzt das Hauptproblem des Kapitalismus ist. Verschärfung des Problems der Absatzmärkte im allgemeinen, Verschärfung des Problems der Auslandsmärkte im besonderen, Verschärfung des Problems für Kapitalexport im einzelnen — das ist der jetzige Zustand des Kapitalismus." (Stalin, Werke Bd. 10, Seite 239)

Offenbar liegt hier bereits die Wurzel von Stalins „revisionistischer Krisentheorie". Aber halt! Sagt nicht auch das „Krisenbuch" des RM-Verlages: „Der gleiche Zwang, das Sinken der Profit**rate** durch Steigerung der Profit**masse** zu kompensieren, treibt zur schrankenlosen Ausweitung der Produktion. Der Markt muß beständig ausgedehnt werden, was allerdings seine Grenze darin findet, daß die Konsumtionskraft der großen Masse der Gesellschaft unter kapitalistischen Verteilungsverhältnissen damit nicht Schritt halten kann." (S. 253) Ist etwa auch das „Krisenbuch" hier einer „revisionistischen Krisentheorie" aufgesessen?

Keineswegs. Natürlich ist das Marktproblem nicht letzte Ursache der Krisen. Ursache ist vielmehr — verkürzt dargestellt —, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Steigerung der Produktivität gesetzmäßig zum Fall der Profitrate führt. Das Kapital versucht, dem — unter anderem — durch Ausweitung der Produktion **entgegenzutreten**, stößt dabei aber auf die Schranken des Marktes. Ist der Binnenmarkt erschöpft, drängt das Kapital verstärkt nach außen, aber schon lange ist die Welt vollständig unter die Imperialisten aufgeteilt, so daß nur Neuaufteilungen in Frage kommen.

Und nun war nach dem 2. Weltkrieg eine Situation entstanden, in der nicht nur die Sowjetunion, sondern auch China und die europäischen volkdemokratischen Länder aus dem kapitalistischen Weltmarkt ausgeschieden waren. War es nicht mehr als naheliegend, wenn Stalin darauf hinwies, es sei für die Kapitalisten „schwer, den Verlust solcher Märkte wie der UdSSR und Chinas nicht zu spüren"? (Stalin, Werke Bd. 15, Seite 323)

Stalin erklärte weiter, in den damals ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern (USA, England, Frankreich) werde die Entwicklung weiterhin zyklisch vor sich gehen — d.h. in Form von Wachstum und Rückgang der Produktion —, aber das Wachstum werde „auf einer eingeengten Basis vor sich gehen, weil der Umfang der Produktion in diesen Ländern zurückgehen wird". (ebenda, Seite 347) Was Deutschland und Japan betrifft, so ging Stalin damals bereits von der Möglichkeit aus, daß diese Länder „erneut auf die Beine kommen" werden. (ebenda, Seite 326)

Alles in allem war Stalins Einschätzung wohl kaum so falsch. Und es geht auch gar nicht darum, ob Stalin diese oder jene Besonderheit vielleicht nicht richtig vorausgesehen hat. Ob der Umfang der Produktion in den USA, England und Frankreich in den Nachkriegsjahren wirklich zurückgegangen ist. (Ich habe das jetzt nicht nachgeprüft.) Es geht vielmehr darum, daß der RM Stalin eine „revisionistiche Krisentheorie" unterschiebt und sich dabei in der Konsequenz zu der absurden These versteigt, es sei bereits „revisionistisch", wenn man im Zusammenhang mit der Analyse der kapitalistischen Krisenentwicklung die Frage der Märkte aufwerfe — eine These, die der Artikelschreiber wohl selbst nicht glaubt.

(Nebenbei bemerkt, beging Stalin tatsächlich den „Fehler", nicht vorauszusehen, daß die Länder des Sozialismus bzw. der Volksdemokratie entarten und sich dem kapitalistischen Weltmarkt wieder öffnen würden. Der Artikelschreiber hätte all das damals natürlich vorausgesehen, aber Stalin verfügte nicht über hellseherische Fähigkeiten.)

Alles in allem werde ich aber den Eindruck nicht los, daß all das „antirevisionistische" und hochgelahrte Wortgeklingel in dem Artikel nur den Zweck verfolgt, davon abzulenken, daß die KPD in ihrer **praktischen Politik** neuerdings in der Tat von einer revisionistischen Krisentheorie ausgeht: So lag dem RM 15/85 eine Beilage mit Flugblättern der KPD aus dem Landtagswahlkampf in NRW bei, in denen etwa die Jugendarbeitslosigkeit mit der „Unfähigkeit" der Unternehmer begründet wird. In einem anderen Flugblatt wird unter der Überschrift „Arbeit für alle" eine andere „Arbeitsmarktpolitik" gefordert. „Konzepte" der CDU und SPD seien „gescheitert". Leider ist die SPD eben „kein Bollwerk" „gegen Konzerne und Banken". Man möge KPD wählen. Gewiß, ohne „Eingriffe in die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Lehrstellen wird sich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht lösen lassen". (Es würde also gelöst bei einer „anderen Arbeitsmarktpolitik", die staatliche Eingriffe in die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Lehrstellen vorsieht.)

Alles in allem: Die Arbeitslosigkeit ist keineswegs eine Geißel des Kapitalismus, vielmehr läßt sich das Problem der Arbeitslosigkeit bei einer „anderen Politik" lösen. Ein Betriebsunfall? Sicher nicht, sondern die konsequente Umsetzung der Auffassung, die KPD solle den Imperialismus nicht als solchen kritisieren und angreifen, sondern immer nur **diese oder jene Politik des Imperialismus.** Also: Das Konzept der CDU ist „gescheitert", das Konzept der SPD ist „gescheitert", wählt KPD. (Ihr Konzept — eine andere Arbeitsmarktpolitik — wird die Arbeitslosigkeit beseitigen.)

Die DKP pflegt den Revisionismus in aller Regel nicht in derart platter Form zu propagieren!

Ach ja, fast hätte ich es vergessen: Am besten ist es, die Kapitalisten „beim Wort zu nehmen" und zu „enteignen". (Das ist dann das „Sozialismus-Flugblatt".) Der Staat bleibt dabei außen vor. Warum auch nicht: Mittels einer „anderen Arbeitsmarktpolitik" greifen wir in die „Verfügungsgewalt der Unternehmer" ein, dann greifen wir noch mehr ein, dann noch mehr, und dann . . .

Vielleicht freuen sie sich gar, die Unternehmer? Wo sie doch „jammern, bei so hohen Löhnen könnten sie kaum weitermachen"?

Mit arbeitsmarktpolitischen Grüßen
Peter

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung
In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt „Zukunft der Arbeit", „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen" und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung" Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Achtung: Termin geändert!

Freitag, 17. Mai, ab 12 Uhr
(Kundgebung am Jungfernsteg,
Marsch zum Tagungsort — HWP) bis Sonntag, 19. Mai, 14.00 Uhr
Kontaktadresse: AG ZAKT c/o Susan Naumann
Wartenau 9 2 Hamburg 76

DORTMUND

Zentraler Arbeitslosentreff der KPD
Samstag, 1. Juni, 11.00 Uhr
Parteibüro Hörde

Wahlveranstaltung der KPD zur Landtagswahl NRW

DORTMUND

Freitag, 10. Mai, 19.30 Uhr
Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt
Programm: Kandidaten sprechen; Kabarett „Zeitzünder", Südafrikanische Musikgruppe, Gastbeitrag des PAC, usw.

RECKLINGHAUSEN

Freitag, 10. Mai, 20.00 Uhr
Autonomes Zentrum, Münster Str. 2a
Diskussion über Sozialismus ohne Mauern

KPD - SEMINAR

Termin: 1./2. Juni,
Thema: „Frauen und Familie im Sozialismus"
Nach dem Einstieg in die Diskussion auf dem letzten Frauenseminar waren wir uns ganz schnell einig, daß wir da ein ganzes Wochenende brauchen. Der Unkostenbeitrag liegt bei ca. 30,— DM.
Anreise: Samstag, 14.00 Uhr, Ende: Sonntag 14.00 Uhr
Anmeldungen: Ab sofort bei der Frauenabteilung der KPD

ACHTUNG:
die nebenstehende Zeitungsmeldung ist eine Ente!

- Johannes Rau würde wohl nie auf die Idee kommen, eine solche Rede zu halten.
- **Aber: Die darin genannten Fakten stimmen:**
- Etwa 1 Million Menschen über 18 Jahre dürfen in NRW nicht wählen!
- Etwa 600000 Arbeiterstimmen fallen bei den Wahlen unter den Tisch: Die Stimmen unserer Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland.
- **Die politische Rechtlosigkeit eines wichtigen Teils der Arbeiterschaft unseres Landes ist ein Mittel der Spaltung und damit der Schwächung der Kampfkraft aller Arbeiter.** Nicht ohne Grund ist ausländerfeindliche Politik eines der Hauptanliegen der Bonner „Wende"-Regierung und Hauptbetätigungsfeld faschistischer Gruppen.
- Es liegt in der Hand der Landesregierung in NRW, Zeichen gegen die Wendemänner zu setzen. Zum Beispiel durch die sofortige **Zuerkennung des kommunalen Wahlrechts für unsere ausländischen Mitbürger,** denn die Entscheidung darüber ist Ländersache.
- Zahlreiche Untergruppen der SPD in ganz NRW haben zum Teil schon vor mehr als zehn Jahren diese Forderung aufgestellt. Ihre Beschlüsse verstauben in den Aktenordnern.
- Diese SPD-geführte Landesregierung will es eben nicht mit den Unternehmern verscherzen, die in einem Brief der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalens an den Landtag im September 1982 vermerkten: „... an der Fortführung der Diskussion um das Kommunalwahlrecht scheint ... in vielen Großstädten vernünftigerweise niemand mehr ernsthaft interessiert zu sein."
- Die SPD-geführte Landesregierung setzt nicht auf eine konsequente Vertretung von demokratischen und Arbeiterinteressen gegen die CDU. Die Ausländerpolitik zum Beispiel wird im Düsseldorfer Landtag von den Fraktionen der CDU und der SPD, die sich seit 1982 in einer Kommission für Ausländerfragen zusammengefunden haben, gemeinsam formuliert — zuletzt kurz nach den letzten Kommunalwahlen am 16.10.84 in einem Antrag „Ausländerpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen", der am 24.10.84 vom Landtag angenommen wurde. Daß in der Gemeinsamkeit mit der CDU keine Rechte für Ausländer herauskommen können, ist von vornherein klar, und so lehnt der Antrag auch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer in NRW ausdrücklich ab.
- Damit stellt sich die Landesregierung, stellt sich die SPD-Fraktion gegen viele Mitglieder der eigenen Partei und gegen zahlreiche Gewerkschaftsgruppen, die in letzter Zeit die Forderung nach kommunalem Wahlrecht erhoben haben.
- Wir meinen: Dieser Zustand kann nicht länger hingenommen werden. Wir treten ein gegen den verschärften ausländerpolitischen Kurs der Bundesregierung, gegen ausländerfeindliche Politik auch in unserem Bundesland, **für die vollständige Gleichberechtigung von Ausländern und Deutschen.** Für uns ist das kommunale Wahlrecht ein erster Schritt dahin, ein Einstieg in die Gleichberechtigung, eine wichtige Forderung an jede Landesregierung — und an jede Partei, die sich um Landtagssitze bewirbt, also auch bei den anstehenden Landtagswahlen am 12. Mai 1985 ein **Wahlprüfstein für Demokraten.**

Ja, was sagen Sie denn dazu?

Lufthansa-Pilot den Entführer

Jet-Entführer: Marvan Hritani

bessere Zukunft

Die Landesregierung teilt mit:

Die Landtagswahl findet nicht statt

Düsseldorf (eigener Bericht) — Der Chef der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Johannes Rau, erklärte unlängst vor der Presse, die ursprünglich für den 12. Mai vorgesehenen Landtagswahlen müßten aller Voraussicht nach ausfallen. Ein neuer Termin sei noch nicht in Sicht. Bei den Oppositionsparteien im Landtag hat diese Meldung helle Aufregung ausgelöst.

Es ginge nicht länger an, so erläuterte der landauf, landab beliebte Ministerpräsident seine für alle überraschende Ankündigung, **daß „im Zentrum der demokratischen und Arbeiterbewegung der Bundesrepublik, wie ich unser Bundesland einmal bezeichnen möchte", ein Zwei-Klassen-Wahlrecht unter dem Deckmantel demokratischer Legitimität praktiziert werde, bei dem eine Million Menschen von ihrem ureigensten demokratischen Recht ausgeschlossen blieben.**

„600000 Arbeiterstimmen sollen unter den Tisch fallen, wie dies bereits bei den Kommunalwahlen im September letzten Jahres geschehen ist!" ereiferte sich der ansonsten eher ruhige Landesvater. Dies könne sich seine Partei und die von ihr geführte Landesregierung, für die „die Interessen der Arbeitnehmer stets an erster — ich wiederhole: an erster — und ich möchte hier und heute bekräftigen: an erster Stelle gestanden haben", nicht bieten lassen.

„Im übrigen", so Rau, Habe man im Zuge des diesjährig vorgezogenen parteiinternen Frühjahrsputzes in diversen Schubladen örtlicher und überörtlicher Büros Beschlüsse gefunden, die zum Teil seit mehr als zehn Jahren eine Änderung dieses „unahltbaren Zustandes" zumindest auf kommunaler Ebene forderten. „Diese Beschlüsse haben lange genug im Staub gelegen", meinte Rau. Mit einer Neuansetzung der Landtagswahlen sei erst zu rechnen, wenn die gesetzlichen Regelungen zur Berücksichtigung aller Wählerstimmen geschaffen seien.

Der Ministerpräsident bei seiner engagierten Ansprache

Gegen die wütenden Proteste der Oppositionsparteien CDU und FDP erklärte der Ministerpräsident gestern gegenüber unserer Zeitung: „Gerade in der Zeit der von Bonn aus proklamierten ‚Wende' ist das solidarische Zusammenstehen aller arbeitenden Menschen wichtiger denn je. Ihren Interessen fühlt sich die Landesregierung jederzeit verpflichtet. Wir wissen, wem wir unsere Posten verdanken!"

Iran nahm Iraks Hauptstadt unter Raketenbeschuß

Hunderte von Opfern in Bagdad

(aus: WZ, 31.3.85)

Das Flugblatt, dem wir die Texte auf dieser Seite entnommen haben, stammt von der Volksfront und wurde im Vorfeld der Landtagswahl in NRW verteilt. Weitere Materialien der Volksfront zum Thema Ausländerfeindlichkeit sind erhältlich über: Volksfront-Geschäftsstelle, Maria-Hilfstr. 31, 5100 Aachen.

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo - Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin 44** (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.